

Der Deutsche

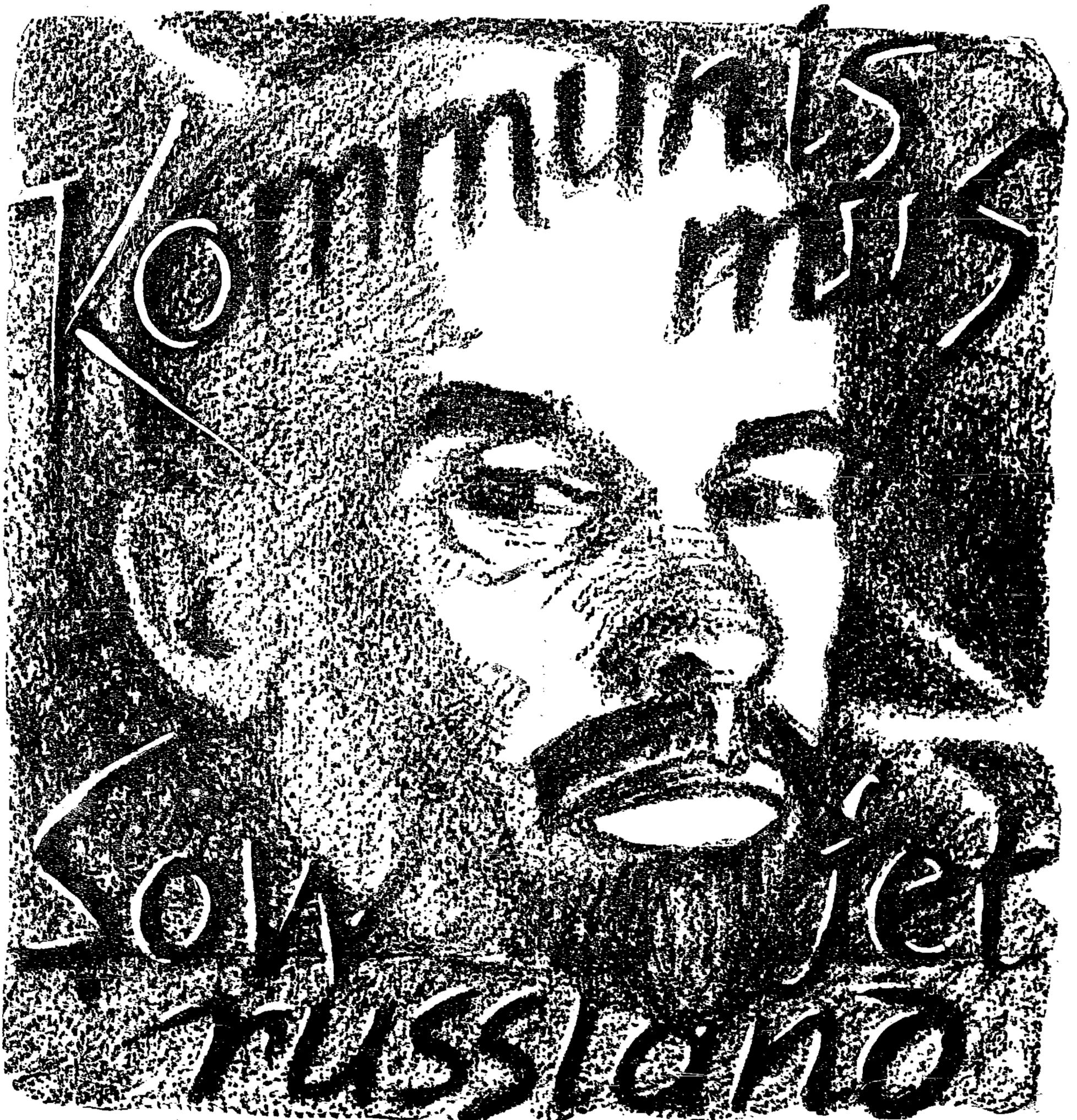
Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 17

Duisburg, den 26. April 1930

31. Jahrgang



Sowjetrußland, das Land ohne Tradition

Warum bringen wir eine besondere Nummer unsers Verbandsorgans über Sowjetrußland und den russischen Kommunismus heraus? — Der Sowjetismus ist längst keine russische Frage allein mehr. Er ist eine innerdeutsche Frage geworden. Rußland ist überall da, wo der Kommunismus versucht, seine Fahnen zu entrollen. Das trifft auch für Deutschland zu. Die maßlos verheerende Agitation unter den Arbeitslosen, das starke Einsehen der Freiidenerbewegung unter kommunistischer Führung haben eine bedrohliche soziale und kulturelle Lage geschaffen. Vielleicht muß in Deutschland die Entscheidungsschlacht zwischen dem Geist einer wirklichen Kultur und dem Bolschewismus geschlagen werden.

So sehr wir Gegner des Sowjetismus sind, so sehen wir in den meisten Arbeitern, welche sich zum Kommunismus bekennen, nicht die Gegner, sondern vielmehr irreführende Arbeiterbrüder, denen wir durch Aufklärung zeigen müssen, daß sie sich auf einem falschen Wege befinden. Das gilt besonders auch für viele Arbeitslose.

Wir werden bei den Berichten über die Verhältnisse in Sowjetrußland uns auf sowjetrussische Quellen stützen; diese dürften denn doch unanfechtbar sein.

* * *

In einem Bühnenstück des russischen Dichters Leonid Andrejew tritt der Revolutionär Sawwa auf. Dieser Sawwa sucht den „nackten Menschen auf nackter Erde“, den Menschen ohne Ueberlieferung, den Menschen ohne Tradition, ohne Verbundenheit, das Wesen des allen Zeitläuften entbundenen „Jeht“. Aber dieser Sawwa, dieser tragische Narr, weiß nicht, daß es ein „Jeht“ gar nicht geben kann ohne ein „Vorher“ und ohne ein „Nachher“. Er sieht nicht, daß jede Generation nur auf den Schultern der vorhergehenden steht und eine andere auf den Schultern der letzten aufwächst. Dieser Revolutionär zerbricht daran, weil er nicht das „Einmalige“, das „Nur-Jeht“ findet.

Dieser Sawwa ist symbolhaft für Sowjetrußland und den russischen Kommunismus. Als der russische Kommunismus seine roten Fahnen flattern ließ über Petrograd und den Kreml, sollte das Neue, das Erstmögliche, die „bessere Welt“ erstehen. Der russische Kommunismus löste sich los von aller Vergangenheit, zerriß älteste Bindungen volklichen, wirtschaftlichen und religiösen Lebens, und dekretierte seinen Staat als das Absolute, das Traditionslose.



TROTZKY



KAMENEV



Und nun stelle man sich diesen Riesenkoloß Rußland vor mit seinen 140 Millionen Menschen. 71 Millionen davon sind auf dem Lande beschäftigt. Der Bauer ist aber der traditionsgebundenste Mensch, den es überhaupt gibt. Er lebt mit der Erde, sieht Werden und Vergehen, sieht in seiner erbärmlichen Behausung, die jahrhundertlang sein Geschlecht bewohnte; seine Heiligen waren die Heiligen seiner Ahnen; seine Hoffnung sind seine Söhne. In seiner christlichen Religion fand er in bitteren Tagen Halt. Und die Geschichte der russischen Bauern ist die Geschichte von Bitternissen. Auf diesen traditionsfestesten Menschen stößt die traditionsloseste Geistes- und Staatserscheinung, nämlich der Kommunismus. Das mußte ein Ringen von unerbittlicher Größe werden, ein Ringen, bei dem die sowjetstaatliche Bürokratie trotz verschiedener Anläufe im wesentlichen den kürzeren gezogen hat.

Der Sowjetstaat und der russische Kommunismus sind gar keine russischen Geistesgebilde. Sie sind erwachsen und erstanden (so seltsam es klingt) in den Kaffeehäusern Wiens, in den russischen Emigrantenhäusern der Schweiz, in hitzigen Diskussionen über den sozialistischen Zukunftsstaat. Das geistige Fundament war Karl Marx, der Vater des „Kommunistischen Manifests“ von 1847, der größte Sozialist unserer Tage, dessen Schatten gewaltig am Horizont des westeuropäischen Geisteslebens aufgewachsen ist. Geistige Berater waren Philosophen des Materialismus von Westeuropa. Westeuropäische Ideen, erstanden aus einseitig gesehenen wirtschaftlichen Zuständen des hochindustriellen Westeuropas, vor allem die schreckliche Lage der Arbeiterschaft um 1820 und 1830, und die voreilig gezogenen Schlüsse aus solchen Erscheinungen wurden die geistige Grundlage der Väter des heutigen Sowjetrußland.

Wie Karl Marx standen auch seine Epigonen auf dem Boden des Atheismus, der Gottesleugnung. Sie standen auf dem Boden der Sozialisierung und der klassenlosen Gesellschaft. Was man in Zürichs Hinterstübchen ausgedrückt hatte, sollte am Körper des russischen Volkes experimentiert werden.

Zweifelsohne war in Rußland explosiver Stoff genug vorhanden. Die Unterdrückung des Volkes durch das Zarentum züchtete Abhänger und Revolutionäre, die, meistens in der Verbannung lebend, sich zu harten Menschen heranbildeten. Der Weltkrieg trieb Rußland dem Abgrund zu. Als im Februar 1917 die bürgerliche Revolution ausbrach, die Revolution der Kerenski und Miljukoff, den Zaren absetzte und sich als Herrscher dekretierte, erkannte der linke Flügel der russischen Sozialisten, daß seine Stunde gekommen sei. Die Führer waren Männer mit eisernem Willen und mit gewaltiger Energie. Allen voran Lenin und Trotzki, von denen der erste die Staatsorganisation und der zweite die Armee schuf, der erste der sowjetrussische Heilige und der zweite ein Verbannter, ein Planet ohne Datum wurde. Lenin wußte, daß

die russische Armee nichts weiter wollte als Frieden. Kerenski, unter dem Einfluß des Dollars, setzte den Krieg gegen Deutschland fort. Das war sein Ende. Lenin packte den Wunsch der Armee, die doch meistens aus Bauern bestand, in die Formel zusammen: Frieden und Land! Das wirkte wie ein Zauber. Die Macht der Bolschewiki wuchs. Nach dem ersten Fehlschlage im Juli 1917 fiel ihnen im Oktober des gleichen Jahres die Frucht von selber reif in den Schoß. Man muß im neuen Buche von Leo Trozki, „Mein Leben“ (Berlin 1930), nachlesen, wie sich die Massen der Soldaten und Bauern auf Grund einer solchen Parole den Bolschewisten in die Arme warfen. Die Soldaten kannten nur eines: Sofort nach Hause. Die Bauern sahen ihr Jahrhundert altes Wunschbild in Erfüllung gehen: die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Aufteilung des Landes. Von Theorien und Programmen war anfangs wenig die Rede. Nur einzelne Führer hatten ihren Kopf mit wilddradikalen Anschauungen vollgepfropft. So ist dieser Aufbruch der Bolschewisten im Grunde ein höchst abenteuerliches Geschehen. Die Wirkung aber ahnte niemand.

Die Wirkung war fürchterlich. Lenin und seine Genossen, die wir unten im Bilde vorführen, mußten den Bolschewistenstaat auf eine geistige Grundlage stellen. Sie gingen wie am Reißbrett mit Zirkel und Lineal vor und konstruierten. Aber sie bedachten nicht, daß das Leben eines Volkes und einer Wirtschaft etwas Organisches ist, das wächst wie Baum und Strauch und dem man mit Bleistiftstrichen schwerlich bekommen kann.

Was wollte der Bolschewismus? Er wollte die klassenlose Gesellschaft, die sozialisierte Wirtschaft und die Herrschaft der Bolschewiken. Wenn man die klassenlose Gesellschaft errichten will, so ist die Grundbedingung dazu die Vernichtung der christlichen Familie. Das war sehr konsequent von den Bolschewiken gedacht. Die christliche Familie wächst auf dem Boden von Autorität, Liebe und Brüderlichkeit. Ihr Gewissen greift über Staatsrechte hinaus. Sie erzieht ihre Kinder immer wieder zum Familienhaften. Aus der Familie heraus erwachsen dann die Bindungen zu Volk, Beruf, Staat. Das Vorhandensein der christlichen Familie und der Wille der Bolschewiken, den russischen Menschen nur als Glied der kommunistischen Gesellschaft zu besitzen, dem die kommunistische Gesellschaft das höchste ist und dem das Klubhaus über dem Familienheim steht, ergab die ersten schweren Zusammenstöße auf dem Gebiete der christlichen Kultur. Um die Familie zu lockern, wurden die Ehegesetze so weit als möglich gestaltet und die Kindererziehung der Familie genommen und einseitig in die Hand des Staates gelegt. An die Stelle mütterlicher Erziehung trat die Kinderkrippe.

Aber die christliche Familie kann nicht unterhöhlt werden, solange sie sich auf dem christlichen Glauben aufbaut. Deshalb mußte mit furchtbarer Folgerichtigkeit der Bolschewismus die Religion zu vernichten versuchen, wenn er die Familie aus den Angeln heben wollte. Wenn man die Schriften der Kommunistenführer, von Lenin angefangen, durchliest, erschrickt man vor dem Haß gegen jedweden christ-

lichen Gedanken. Mit einer fast teuflisch anmutenden Wuchsuchte man im russischen Menschen, dessen tiefe Religiosität des Primitiven nicht ganz entbehrt, die Wurzeln des Gottesglaubens abzustecken. Der russische Mensch ist religiös. Tolstoi, der große russische Romanschriftsteller, erzählt, daß russische Bauern oft tagelang reisen, um das Wort Gottes anzuhören. Deshalb auch der Haß der Kommunisten gegen alles, was mit dem Glauben zusammenhängt oder ihn symbolhaft ausdrückt. Deshalb die Sprengung von Kirchen und Klöstern, deshalb das Verbot des Aufstellens von Heiligenbildern, deshalb das Einschmelzen der Kirchenglocken.

Der Sinn des russischen Menschen für seine Aufgabe ist zutiefst verknüpft mit dem Boden, mit dem Land, mit der Erde, der er entstammt. Dostojewsky, der größte russische Dichter, dessen Seele eine Prophetie kommender Ereignisse war, sah im russischen, mit seiner Idee verknüpften Menschen geradezu den Anfang einer besseren Menschheit. Diese Verbindung suchte der Bolschewismus zu lockern und zu töten. Der Weg Stalins zur Kollektivierung des Bodens, d. h. der Gesamtenteignung bäuerlichen Bodens für Staatszwecke, ist daher so folgerichtig kommunistisch, wie die Schritte Lenins zur Gewinnung der Bauern durch Landzuteilung zwar taktisch klüger, aber, vom Kommunismus ausgehen, kapitalistisch anrüchig waren. Es sollte eben mit Familie und Christentum auch das Privateigentum aufgehört zu bestehen. Den Anfang sollte die Sozialisierung aller Produktionsmittel bilden. Wenn man es in der Industrie tat, durfte man vor dem Bauern nicht halt machen. Stalin nahm ihm deshalb sein Land weg, das ihm Lenin gegeben hatte, und übergab es der „Dorfgemeinschaft“. Gegen Ueberspannungen des Privateigentums gilt es anzukämpfen, aber das Privateigentum auszumerzen, heißt nichts anderes, als Initiative, Wollen, Freude am Schaffen, Fleiß ersticken und dafür eine Horde von Faulenzern heranziehen, von denen einer auf Kosten des andern leben will.

Aus dieser Zerstörung alles Bestehenden soll das neue Niveau erwachsen. Der „gleiche“ Mensch soll entstehen. Der Weg Sowjetrußlands führt aber überallhin, nur nicht zum „gleichen“ Menschen. Eine dünne Oberschicht von Bolschewiken, Tat- und Scheinbolschewisten, haben nicht nur die Macht in Händen, sondern schöpft die unendlich mühsam erarbeitete volkswirtschaftliche Kraft ab, und für die Masse bleibt der Hunger. Statt eines Neuen hat es einen Rückfall in antike Zeiten gegeben, und der Kreml, der Herrscherhof der Bolschewikenführer, ist in seinem Wesen nichts anderes als die Paläste grausamer Könige zu Babylon und Ninive. Statt Beglückung Unterdrückung und statt Aufbau Zusammenbruch. Politische Macht hat nur der Bolschewik und kein anderer.

Moskau will das Nichts, um aus dem Nichts an den Aufbau seiner Ziele zu gehen. Aber es irrt. Schon hat die Geschichte der letzten Monate den Pendelschlag verlangsamt. Man kann zwar das Seiende wandeln und anders formen, aber man kann nicht aus dem Nichts aufbauen. G. W.



KALININ



BOUGHARIN



TOMSKY



RYKOW

Kommunismus und Arbeiterschaft

Das nebenstehende Bild, das Stalin, die russischen Arbeitermassen peitschend, zeigt, ist nur ein schwaches Abbild der Wirklichkeit. Uns als christliche Metallarbeiter interessiert neben den weltanschaulichen Fragen vor allem die Lage des Arbeiters im Sowjetstaat, sein wirtschaftliches und rechtliches Verhältnis im Betrieb. Nach den Angaben der sowjetrussischen „Statistischeskoje Oboswenije“ 1928, Heft 5, beträgt die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion 146 966 000, wovon 52,65 % auf die erwerbstätige, 47,35 % auf die nicht erwerbstätige Bevölkerung entfallen. Von den insgesamt 86 186 000 Erwerbstätigen waren 82 677 000 in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft beschäftigt, 1 014 000 waren Erwerbslose und 2 495 000 entfielen auf die Gruppe der „übrigen“, wozu auch das Militär gezählt wird. Von Interesse ist vor allem die Gliederung der beschäftigten erwerbstätigen Bevölkerung in sozialer und beruflicher Hinsicht. Von den insgesamt 82 676 543 in allen Zweigen der Volkswirtschaft Beschäftigten entfielen auf die einzelnen Gewerbegruppen:

	absolut	in Prozent
Landwirtschaft	71 701 363	86,72
Industrie und Bergbau	2 791 320	3,38
Selbstindustrie	1 865 963	2,26
Baugewerbe	363 832	0,44
Eisenbahnen	890 444	1,08
andere Verkehrsgewerbe	403 209	0,49
Handel und Kreditwesen	1 155 918	1,39
Behörden und Anstalten	1 892 386	2,29
übrige Gewerbegruppen	1 611 808	1,95

Rußland ist also vorwiegend Agrarstaat. Die Bolschewisten suchten ihre Macht aufzubauen zunächst vor allem auf die industrielle Arbeiterschaft, und sie versprachen ihr für ihre Hilfe den Himmel auf Erden.

Das Revolutionsprogramm, die offizielle „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“, die vom 3. Allrussischen Sowjetkongress am 23. Januar 1918 bestätigt wurde, bezeichnet im zweiten Kapitel als Grundaufgabe des Revolutionsstaates: „Die Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die völlige Abschaffung der Einteilung der Gesellschaft in Klassen, die schonungslose Unterdrückung der Ausbeuter, die Errichtung der sozialistischen Organisation der Gesellschaft und des Sieges des Sozialismus in allen Ländern.“

Es ist lehrreich und interessant, die Wirklichkeit mit diesen Versprechungen zu vergleichen. Zunächst etwas über Löhne und Lebensmittelpreise.

Die Löhne der russischen Arbeiter liegen, die materiellen Vergünstigungen für die Arbeiter eingerechnet, bis zu 30 bis 50 % unter denen des Auslandes. Der Zentralrat der russischen Gewerkschaftsverbände erklärte auf seiner 5. Tagung in Moskau vom 26. bis 29. Oktober 1928 u. a., daß der Durchschnittslohn für die Gesamtheit der industriellen Arbeiterschaft im Monat nur 70 Rubel betrage. Der Rubel ist außerordentlich stark entwertet. Seine Friedensparität ist 1 Rubel = 2,16 Mark. Man rechnet gut, wenn man den Rubel heute mit 1,20 bis 1,50 RM berechnet. Der Zentralrat der kommunistischen Gewerkschaft hat trotz der gesteigerten Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten eine Lohn-erhöhung nicht durchsetzen können.

Die Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sind in Sowjetrußland etwa zwei-



einviertelmal so hoch als in der Vorkriegszeit, zum Teil noch höher. Der Weltindex steht ungefähr auf 150, der durchschnittliche russische Preisindex auf 200. Nachstehend zum Beispiel das offizielle Verzeichnis der Preise, die an den einfachen kalten Büfettis in den Bahnhofswirtschaften auf der Strecke Kasatin—Kiew angegeben sind: Braten im Werte von 0,50 bis 0,60 RM: 50 Kopfen gleich 0,70 RM; Wurst im Werte von 0,20 bis 0,30 RM: 25 Kopfen gleich 0,45 RM; ein sehr kleines Schnitzel 70 Kopfen gleich 1 RM; Mineralwasser (Rußland hat sehr viele Quellen) 30 bis 80 Kopfen gleich 0,70 bis 1,10 RM; Bier 35 Kopfen gleich 0,40 RM; ein Glas Milch 20 Kopfen gleich 0,30 RM. Getränke waren nicht unter 30 Kopfen zu haben. Ein Männeranzug kostet 150 bis 250 Rubel gleich 220 bis 350 RM, ein Frauenkleid gewöhnlichster Sorte 50 Rubel gleich 75 RM. Es sieht unter der Bolschewistenregierung in diesem von Natur so reichen Lande derart traurig aus, daß wieder Lebensmittelkarten für Brot, Butter, Fleisch, Eier usw. eingeführt werden mußten.

Nun wird man sagen können: In einem durch Bürgerkriege jahrelang zerrissenen Lande kann es eben nicht anders aussehen.

Aber wie ist es mit den Rechten der Arbeiterschaft? Wie ist es mit dem Arbeiterlohn? Als die Bolschewiken die Herrschaft ergriffen, verkündeten sie die Diktatur des Proletariats in der Wirtschaft. Die Betriebsräte wurden zu Herrschern des Betriebes, alle unter Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher usw. sollten ein den Arbeitslohn nicht übersteigendes Gehalt haben, die Akkordarbeit wurde abgeschafft. Das mag man als eine Ueberspannung ansehen, aber kaum drei Jahre später, im Jahre 1921, warf Lenin das Steuer vollkommen herum, und die Arbeiterschaft geriet unter Verhältnisse, wie sie Westeuropa nicht schlimmer in der Hochblüte des Kapitalismus erlebt hat. Lenin forderte und setzte durch:

1. Abschaffung der Rechte der Betriebsräte und Diktatur der Betriebsleitung im Betriebe.
2. Gewährung hoher Gehälter an die Betriebsleiter. Es wurde gesagt: „Um Fachleute zu gewinnen, müssen wir auf eine sehr hohe Bezahlung der Dienstleistungen eingehen.“
3. Einführung einer strengen Disziplin in den Betrieben. „Heute fordert dieselbe Revolution die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses“ (Lenin).
4. Einführung der Akkordlöhne.
5. Einführung des Taylorsystems.
6. Anpassung der Löhne an die allgemeinen Arbeitsergebnisse der Fabrik.

Das sind die glänzenden Ergebnisse einer Revolution.

Wie steht der Kommunismus zu den Gewerkschaften?

Der Kommunismus sieht in den Gewerkschaften kein Organ zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern „Hilfsorgane des kommunistischen Staates“. In Rußland sind die Gewerkschaften nicht selbsttätige und sich selbst verwaltende Organisationen der Arbeiter, sondern ein Teil des staatlichen Apparates zur Beherrschung der Arbeitermassen „im Interesse der Produktion“. Daher wird Zwangsmitgliedschaft gefordert. Die Gewerkschaften organisieren Arbeitspflicht, führen „Militarisierung der Arbeit“ durch, fangen durch besondere Parteiorgane die von den Betrieben flüchtenden Arbeiter und strafen alle Verstöße gegen die „Arbeitsdisziplin“ und selbst den Streik. Ihre Disziplinargerichte verurteilen „auffällige“ Arbeiter zu zwei bis vier Wochen Zwangsarbeit. Der Streik ist zum Staatsverbrechen gestempelt. Aber die Gewerkschaften selbst haben sich in den Gang der Betriebe nicht einzumischen.

„Alle Einmischungen von Gewerkschaften in ein Unternehmen müssen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden. Die Fabrikleitungen müssen selbständig das Ausmaß der Arbeitslöhne, der Rationen, der Arbeitskleidung und jeder anderen Art von Versorgung bestimmen können. Dabei muß der Leitung die größtmögliche Bewegungsfreiheit gelassen werden.“ (Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands. Prawda 17. Januar 1922.)

Deshalb erfolgt Herabsetzung der Löhne aus produktions-technischen Gründen. Tarife spielen gar keine Rolle mehr.

„Der allrussische gewerkschaftliche Zentralrat mußte das System der Herabdrückung des Arbeitslohnes in den Staatsbetrieben durchführen.“ (Russisches Gewerkschaftszentralblatt Trud 1922 Nr. 39.)

In Deutschland suchen die Kommunisten die Gewerkschaften durch Keimzellen zu unterminieren. Dabei ist jedes Mittel recht. Denunziation, Lüge, Gewalt. Bald sind die Gewerkschaften gelb, dann reaktionär, das Bonzenrum muß verschwinden! Mißtrauen soll zwischen Führung und Kollegen gesät werden. Ganz besonders ist es auf die Betriebsräte abgesehen.

Streiks werden rücksichtslos niedergelämpft. Teilnehmer an Streiks werden sofort entlassen. Den Betriebskommissionen der Arbeiter ist eine Diskussion über die Liste der zu Entlassenden untersagt. Laut Dln 20. 1. 26. wurden sieben Streikführer in Jariga zu fünfjährigem Gefängnis und lebenslänglicher Verbannung und 16 Arbeiter zur Verschickung nach Sibirien verurteilt.

Die verstaatlichten Gewerkschaften selbst beantworteten Streiks einzelner Abteilungen mit Aussperrungen. Als in Moskau 1922 186 Buchdrucker streikten, wurden von der Gewerkschaft 1500 ausgesperrt.

Arbeiterschuh ist fast unbekannt. In Petersburg zählte man 1924: 7608 Unfälle, 1925: 21 889. Die einfachsten Schuhvorrichtungen in den Fabriken fehlen. Die Betriebsräte haben kein diesbezügliches Beschwerderecht. In der Gummifabrik Petersburgs (10 000 Arbeiter) konnte eine jahrelang geforderte Ventilation erst 1927 fertiggestellt werden. 1924 gab es in diesem Werk 168 Unfälle, in der ersten Hälfte 1925: 576. Der „Trud“ vom 9. 1. 1926 schreibt über die Bergwerksbezirke des Donez: „Ventilation, medizinische Hilfe, Wasserversorgung, Badegelegenheit und dergleichen fehlen vollständig. Die Arbeitsgesetze in bezug auf die Arbeitszeit, Ruhepausen, Jugendschuh, Ueberstunden werden nicht eingehalten. Die Bauern blicken voll Verachtung auf den hosenlosen Arbeiter herab!“

Die Erwerbslosenunterstützung ist so niedrig, daß sie nicht ins Gewicht fällt. Vielfach wird sie aus Geldmangel überhaupt nicht ausbezahlt.

Die Dorgefetzten werden zu Scharfmachern gedrillt. Ein amtliches Schriftstück von 1920 diene als Beweis:

„Zur Liquidation des Streiks in den Werkstätten der Moskauer Kursker Bahn (Nr. 840, S. 4. 20). Auf Grund des Vortrages der besonderen Kommission befehle ich:

1. Kommissar Jaew für nicht genügend bewiesene Energie gegen Streik 14 Tage Arrest und Dienstentlassung.
2. Fünf Meister und Gehilfen für passives Verhalten je 1 Monat Arrest.

3. Alle Arbeiter, und zwar 123 Mann, die aktiv am Streik teilnahmen, sind der Außerordentlichen Kommission zu Zwangsarbeiten zuzuführen.
Der Vorsitzende: gez. Rosenholz.

Und die Arbeitszeitregelung? Sowjetrußland tut sich viel zugute auf seinen Siebensturentag, und die Kommunisten in Deutschland führen das als sozialpolitischen Vorsprung Sowjetrußlands vor. Nun, so arg ist es nicht damit. Die im Oktober 1927 proklamierte Einführung der Siebenstundenschicht erstreckt sich im wesentlichen bis heute nur auf die Großbetriebe der Textilindustrie. Nur 20% der in der Textilindustrie Beschäftigten arbeiten unter den neuen Bedingungen (Arbeitsstatistik 1928, Heft 2/3, Moskau).

Die Verkürzung der Arbeitszeit — eine an und für sich fortschrittliche sozialpolitische Maßnahme — hat die Betriebs- und Lebensverhältnisse der von der Reform betroffenen Arbeitnehmer, insbesondere die der Frauen (über 50% der Arbeiterinnen Sowjetrußlands sind in der Textilindustrie beschäftigt), sehr ungünstig beeinflusst. Schon die denkbar ungünstigste Verteilung der Arbeitszeit hat vielfach deren Verkürzung illusorisch gemacht. In der Mehrzahl der Fälle wird in den siebenstündigen Betrieben ununterbrochen — in drei Schichten — 21 Stunden gearbeitet. In den restlichen drei Stunden werden Reparaturen, Reinigung und dergleichen mehr vorgenommen. Diese Zeiteinteilung, bei der also ohne Pause gearbeitet wird, wird von den sowjetrussischen Sozialpolitikern mit Recht als gesundheitschädigend bezeichnet. (Markus in „Bolschewik“, 1928, S. 46.)

Die erwartete Steigerung der Tagesleistung pro Arbeiter ist jedoch in vielen Fällen nicht eingetreten. Man führt das auf das Sinken der Stundenleistung der maschinellen Ausrüstung zurück. („Statistische Rundschau“, Moskau, 1928.)

Die Weber mußten eine 100prozentige Mehrbelastung in Kauf nehmen (von 2 auf 4 Webstühle), die Lohnaufbesserung sollte 60% der Mehrbelastung ausmachen; bei Uebergang von zwei zu drei Webstühlen eine solche von 30% und beim Uebergang von drei zu vier Stühlen eine 20prozentige Lohnaufbesserung aufweisen. Das war zwischen dem staatlichen Textil Syndikat und der Gewerkschaft vereinbart. Die tatsächliche Lohnsteigerung ist jedoch weit hinter der vereinbarten Norm zurückgeblieben. Sie betrug — nach der Erhebung des Textilarbeiterverbandes — in acht Großbetrieben im September 1928 gegenüber Dezember 1927 für die entsprechenden Kategorien der Textilarbeiter 43,3, 26,7 und 16%.

Der Arbeitsschuh der Textilarbeiterschaft erfährt durch die neue Arbeitszeitregelung eine bedeutsame Verschlechterung. Der Uebergang zur dritten Schicht hat zu einer enormen Zunahme der Nacharbeit der Frauen geführt. Zwar ist die Nacharbeit der Frauen durch das Arbeitsgesetzbuch grundsätzlich verboten, jedoch wurde diese Bestimmung durch eine Reihe von Ausnahmen bedeutend gelockert. Infolge Ueberganges zur Nachtschicht in der Textilindustrie ist die Nacharbeit der Frauen zu einer verbreiteten Erscheinung geworden.

Solche Arbeitszeiten sollen als Lockvögel für die ausländische Arbeitszeit dienen. Ansonsten sieht die Arbeitszeitregelung ganz anders aus. Auf dem Dritten Wirtschaftskongress 1920 wurde bestimmt: Für Schwerkarbeiter (Bergbau, Hütten) 10 Stunden, für alle übrigen 12 Stunden. In der staatlichen Druckerei Petersburgs wurde im März 1920 die 12stündige Arbeitszeit auch Samstags eingeführt. Dazu kamen zwangsweise Ueberstunden ab 15. August 1920. Die Metallwerke Kostroma hatten 11stündige Arbeitszeit, wozu noch Zwangsüberstunden kamen. Für Bäckerleien wurde 1921 der Maximalarbeitstag von 14 Stunden eingeführt. Hier und da sind Milderungen eingetreten, aber nach den letzten Berichten ist die tatsächliche Arbeitszeit noch sehr weit vom Achtsturentag entfernt. Ueber die Fünftagewoche steht schon etwas zu sagen, wäre verfrüht, da eingehende Darlegungen darüber noch nicht vorliegen. Soviel ist aber sicher, daß dort, wo die Fünftagewoche eingeführt wurde, es mit dem Sonntag endgültig vorbei ist. Wir möchten den denkenden deutschen Arbeiter sehen, den es nach einem solchen „Paradies“ gelüstete. Wbr.

Sowjetrußland und proletarisches Leben

Die kommunistische Lehre verkündet: Sozialismus ist Reichtum. Die Gegenwart der russischen Menschen aber ist Armut, ist Entbehrung und in manchen Gegenden des riesigen Landes direkt schon Hunger. Im Frühjahr 1929 war man in großen Dörfern, z. B. im Kaukasus, mit den Getreidevorräten schon völlig am Ende: Maisbrot war da die Nahrung der ländlichen Bevölkerung. In anderen Dörfern dort aber gab es nicht einmal mehr Mais für die Menschen, da aßen sie dem Vieh schon die Oelfuchen weg. Nach Moskau kamen die Bauern aus einer weiten Umgebung herein, um das von der Regierung zu niedrigen Preisen in den Dörfern aufgekaufte Brotgetreide als Viehfutter zurückzulaufen. In weiten Misserntegebieten in der Ukraine, in der Krim und anderen Getreidezuschußgebieten herrschte auf dem Lande Hunger für Mensch und Vieh. In den Städten, in den großen Industrie-arbeiterbezirken verschärfte sich die Nahrungsmittelknappheit von Woche zu Woche. Die Brotkarte wurde im März 1929 wieder eingeführt. Mit den industriellen Bedarfsartikeln stand es nicht viel besser. Nach und nach wurden wieder viele Dinge des täglichen Bedarfs rationiert. In Moskau gab es im Juni 1929 z. B. ein Stück Waschseife pro Familie im Monat. Viele unrationierte Erzeugnisse waren überhaupt nicht oder nur durch einen Glücksfall zu erhalten. In manchen Kliniken, selbst in Operationssälen, fehlten die alltäglichen Medikamente. In einer städtischen Milchküche, die Arthur Seiler bei seinem Rußlandbesuch mit großem Stolz gezeigt wurde, mußte man die Flaschen mit der Säuglingsmilch mit Makulatur, mit gedrucktem Papier, verschließen, weil Pergamentpapier nicht zu haben war. Selbst russische Spezialitäten: Eier, Holz, Papier, Gummischuhe, russischer Tee, im Auslande reichlich angeboten, fehlten im Lande. Man entblößte rücksichtslos den inneren Markt, um durch den Export die notwendigen Devisen zu beschaffen.

Dieser Mangel ist hart für das Volk, wo man ihm doch den Himmel versprochen hatte. Eine Qual ist auch die Mühe der Beschaffung der täglichen Bedürfnisse, das stundenlange Schlangenstehen vor den Läden, diese schreckliche Beanspruchung von Zeit, von Kraft und Nerven. Natürlich rollt jetzt in Rußland auch die Reihe ab, die wir ja auch genügend erfahren haben: Mangel, beschöndliche Rationierung, verschärfster Mangel, Hamstern und Schleichhandel.

Warenmangel also, Mangel nicht nur an jeglichem noch so bescheidenen Luxus des Lebens, den es überhaupt nicht gibt, sondern Mangel auch an den Gegenständen des unmittelbaren Lebensbedarfs ist die dem ganzen Dasein den Stempel ausdrückende Tatsache der russischen Gegenwart. Hinzu kommt noch eine geradezu entsetzliche Wohnungsnot, die das Leben qualvoll belastet. Zwar haben wir in Deutschland auch genügend mit diesem großen Volksfeind, der Wohnungsnot, zu kämpfen, aber unsere Verhältnisse sind gegenüber den russischen geradezu noch gut zu nennen. Die Verwaltungsgebäude der Regierenden in Stadt und Land sind große, geräumige, mit allem modernen Komfort eingerichtete Paläste. Dagegen müssen Tausende von Bürgern des kommunistischen Staates in Erdhöhlen, so eine Art Unterständen, wohnen. Wohnungsämter wie in Deutschland existieren dort nicht. In der etwa 2 Millionen Menschen zählenden Hauptstadt der Sowjets, Moskau, ist fast ein Viertel der Bewohner



ohne Wohnung. Im Jahre 1927 vermochte in ganz Rußland der verfügbare Wohnraum nur zur Hälfte das Wohnbedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen. Aus Moskau ein Beispiel der Wohnungsnot: In einem früheren Herrschaftshause von acht Zimmern leben 24 Familien zusammen. Auch die neu erbauten großen Wohnkolonien sind mit Menschen vollgepfropft, auf jedes Zimmer kommt eine Familie. Zum Verständnis der großen Wohnungsnot gerade in Moskau sei folgendes gesagt: Die Moskauer Bevölkerung steigt pro Jahr ungefähr um 300 000 Menschen durch Geburten und dem gewaltigen Zuzug vom Lande infolge der Industrialisierung. Jährlich geht immer mehr Wohnraum verloren, da selten Reparaturen ausgeführt und Neubauten nur vereinzelt ausgeführt werden. Auch beanspruchen die in Moskau zusammengezogenen zahlreichen Staatsbehörden sehr viel Raum. Gemäß den Sowjetstatistiken kommt dem Industriearbeiter durchschnittlich 5,6 Quadratmeter, dem geistigen Arbeiter 6,9 Quadratmeter Wohnraum zu.

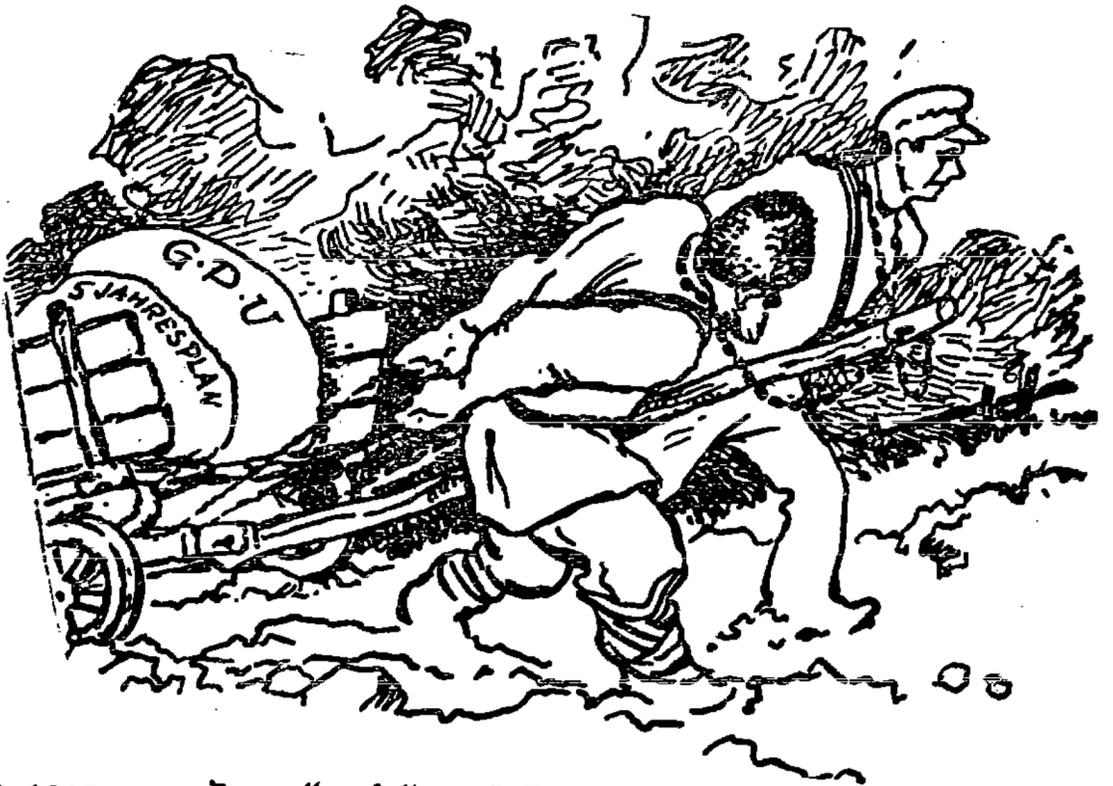
Ärmlich sehen die Verkaufsläden in den Straßen aus, ärmlich auch die Menschen. Man sieht da den Mangel an Waren.

Das Reisen in Rußland ist für das russische Volk sehr schwierig. Die Züge sind zwar sauber und verkehren auch pünktlich, aber es verkehren zu wenig Züge. Es werden nur soviel Reisende mitgenommen, als im Zuge Platz vorhanden ist. Die Bahnhöfe gleichen deshalb oft dem Feldlager eines auf der Wanderung begriffenen Volkes. Dort muß man einfach Tage und Nächte warten, bis ein Zug kommt, der einen mitnimmt. An den Umsteigebahnhöfen wiederholt sich das dann immer wieder. In den Zügen ist auch auffallenderweise eine Klassenscheidung. Die kommunistischen Funktionäre, die Sowjetdelegierten, die hohen Beamten, auch die Ausländer fahren Polsterklasse; für den Proletarier ist die Holzklasse. Diese Differenzierung sollte man im Lande der Gleichheit nicht für möglich halten.

Der Mangel in Rußland ist groß. Und er darf nicht zu groß werden, weil er doch sonst eines schönen Tages explodieren könnte bei aller Geduld und Resignation des Volkes. Man muß deshalb immer schön die Hoffnung des Volkes auf den versprochenen Himmel auf Erden wachhalten. Bis dahin wird aber noch der Leidensweg des Volkes durch ein tiefes Tränental gehen müssen, und ist man dann glücklich durchs erste Tränental hindurch, wird sich schon ein neues wieder auftun.

Rußlandjahrer berichten einmütig von der tiefen seelischen Zerrissenheit des russischen Volkes, das seit 13 Jahren nur Rot, Rot und nochmals Rot kennt. Es ist ein Land ohne Lachen. Und danach sollte es Deutschland gelüsten? Riebe. 1

Fünfjahresplan und kommunistische „Planwirtschaft“



Der Fünfjahresplan, der die gewollte wirtschaftliche Entwicklung von 1928 bis 1933 in Sowjetrußland festlegt, ist ohne Zweifel eine der gewaltigsten Planungen, um der bunten Vielgestaltigkeit eines Volkslebens und einer Wirtschaft einen einzigen Willen aufzuprägen. Es ist der erste Versuch, der Entwicklung eines ganzen Volkes den kategorischen Imperativ aufzuzwingen. Und wieder, wie 1917, setzen sich die Sowjetherrn an den Tisch und rechnen, und wieder sehen sie nicht die unbekanntenen Größen, die verborgen oft einen ganzen Plan zunichte machen. Ursprünglich lag der Plan in zwei Fassungen vor. Die eine, die optimale Fassung, nahm die bestmöglichen Verhältnisse als gegeben an und rechnete mit einem reibungslosen Ablauf. Die minimale Fassung rechnete mit Missernten, einem Jahre Verzögerung, unzureichende Kapitalversorgung usw. Bezeichnend für die riesigen inneren Schwierigkeiten der Sowjets, aber auch für ihre rücksichtslose Energie, ist die schließliche Annahme der optimalen Fassung durch alle Instanzen und die Erklärung eines jeden zum Verräter, der an der Durchführbarkeit Zweifel erhob. Trotzki und Lucharin stürzten daran.

Was ist der Sinn des Fünfjahresplans? Die russische Wirtschaft und besonders die Agrarwirtschaft umzugestalten und dadurch die russische Wirtschaftsautonomie zu schaffen. Eine Vorstellung von der Größe des Planes erhält man beim Vergleich der Investitionen des vergangenen und kommenden Jahrzehnts (in Milliarden Rubel).

	1923=24 — 1927=28	1928=29 — minimal	1932=33 optimal
Gesamtinvestitionen	25,1	56,5	64,5
darunter Industrie			
Elektrowirtschaft	4,2	13,3	15,6
Transportwesen	0,9	2,9	3,1
Landwirtschaft	14,0	22,8	23,6

Nach Durchführung der Neuinvestitionen soll 1932=33 das gesamte Grundvermögen der UdSSR. von 70 Milliarden Rubel auf 117 (Minimalplan) bzw. 129 Milliarden Rubel (Optimalplan) steigen. Das wäre eine Zunahme von 67% bzw. 83%. Dieses gesamte Grundvermögen soll sich dann verteilen auf:

	Minimalplan	Optimalplan
a) Staat	50,1%	60,3%
b) Genossenschaften	1,3%	3,3%
vergesellschaftet also:	51,4%	63,6%
c) Privatpersonen	48,6%	36,4%
	100,0%	100,0%

Die riesigen Investitionen in Verbindung mit Schaffung hochwertiger Arbeitskräfte sollen eine Zunahme des Produktionsvolumens um jährlich 17 bis 22% (Minimalplan) bzw. 22 bis 25% (Maximalplan) bringen. Bis 1932=33 soll z. B. die Gesamtproduktivität der Industrie um 107% zunehmen. Dabei soll das Entwicklungstempo der Produktionsmittelindustrie fast doppelt so schnell sein als das der Verbrauchsgüterindustrie. Diese Zielsetzung ist charakteristisch für das Streben, Rußland vom Industrie-Import unabhängig zu machen.

Das alles soll natürlich eine große Änderung auf dem Arbeitsmarkt bringen. Heute schon gibt das Land jährlich 3 Millionen Menschen Ueberfluß an die Stadt und die Industrie ab, die man aber bis jetzt nur zum kleinsten Teil unterbringen kann. Man erwartet vor allem eine Senkung der heute außerordentlich hohen Preise.

Aber dieser Plan ist abhängig von der Mobilisierung der großen Kapitalien für den Auslandsbedarf an Produktionsgütern. Der ganze russische Export macht heute etwas über eine Milliarde Reichsmark aus. Er mag noch steigerungsfähig sein. Jetzt kommt aber der „springende Punkt“. Um den notwendigen Export zu ermöglichen, opfern die Sowjetleute rücksichtslos das Lebensniveau der russischen Menschen. Der Inlandsmarkt wird entblößt, um Exportware zu schaffen. Der Bauer muß das letzte opfern und der Arbeiter hungern, damit der Sowjetstaat Exportware herauswerfen kann. Für die gegenwärtige Generation bedeutet der Plan größte Warenknappheit und Ueberbewertung der Ware auf dem Binnenmarkt, — also weitere stille Inflation.

Nun ist ein Jahr abgelaufen, und schon dieses Jahr zeigt die Unmöglichkeit, ein Volksleben und eine Wirtschaft in ein Schema hineinzupressen, wie folgende Gegenüberstellung zeigt: Es hat sich entwickelt:

	Entwicklungsjoll:	Entwicklungsfkt:
Kleinindustrie	108,5%	97,7%
Mittelindustrie	114,3%	121,6%
Schwerindustrie	112,9%	114,0%
Landwirtschaft insgesamt	104,0%	98,9%
Getreideablieferung	108,1%	85,9%
Spareinlagen	117,6%	109,0%

Einzelne Wirtschaftszweige entwickeln sich also über den Plan hinaus, andere bleiben weit dahinter zurück. Und die zurückbleiben, sind die entscheidenden, nämlich die landwirtschaftlichen Industrien. Für den Export lieferten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur noch 48% gegen 61,2% im Jahre 1927. Das beeinflusste den Fünfjahresplan ungeheuerlich. Als Stalin zum letzten griff, zur Kollektivierung des Bodens, wurde der Bauer rebellisch; er sank unter den Kugeln der GPU¹, aber er siegte sterbend. Stalins „Salt“ auf dem Wege der Kollektivierung ist nichts anderes als die innere Aufgabe des Fünfjahresplans.

Dem ersten Anlauf der Industrie entsprach nicht die Folgezeit. Die Produktionsstatistik ergibt, daß im ersten Viertel des laufenden Wirtschaftsjahres (Oktober bis Dezember 1929; der Russe rechnet von Oktober zu Oktober, Oktoberrevolution!) die Erzeugung der Schlüsselindustrien, Kohle und Eisen, erheblich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist. Die

¹ GPU. — Politische Polizei mit fast unumschränkten Rechten, die besonders gegen „Empörer“ und „Verräter“ eingesetzt wird.

Sowjetpresse schlägt Alarm und redet von „gefährlichen Symptomen“, „Schmach“ usw., und die Wirtschaftsleiter werden in nicht mißzuverstehender Art angegriffen, weil ihnen eine Steigerung nicht gelingt. Nun wird gesteigert. Aber bei dem ungünstigen Stand der industriellen Kapazität (schlechte Maschinen, Apparate, Werkzeuge) bleibt es nicht aus, daß die geforderte Erhöhung der Quantität auf Kosten der Qualität geht. Man produziert eben, was sich am schnellsten machen läßt; der Abnehmer kann sehen, wo er bleibt. Durch ihre Monopolstellung hat die Sowjetindustrie jede Elastizität für Marktanpassung eingebüßt.

Die Zeitschrift „Für die Industrialisierung“ brachte am 2. Januar 1930 folgende bemerkenswerte Auslassung:

„Am 8. Oktober 1929 war das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates genötigt festzustellen, daß die Qualität der Industrieerzeugnisse zur Schande unserer Trusts und Betriebe in einer ganzen Anzahl von Produktionszweigen außerordentlich stark gesunken ist. Die schlechte Qualität der Kohle und des Koffees bildet eine der Grundursachen für das Zurückbleiben der Eisenproduktion hinter dem Produktionsprogramm. Die äußerst schlechte Beschaffenheit des Eisens hat es der verarbeitenden Industrie unmöglich gemacht, ihr Produktionsprogramm zu erfüllen. Damit hängt auch der ungünstige Stand des landwirtschaftlichen Maschinenbaus zusammen, der in sich die Gefahr birgt, daß die Bauern bei der Frühjahrreife ohne Werkzeuge und Maschinen dastehen werden. Die schlechte Qualität der Fertigfabrikate verschärft den Warenhunger und drückt den Reallohn der Arbeiter herab. Diese Tatsache diskreditiert die Sowjetindustrie vor den Augen des ganzen Landes.“

Der Eisenhunger macht sich vor allem drückend bemerkbar. Er ist eine Folge der schlechten Qualität des gelieferten Eisens. Die weiterverarbeitende Industrie bringt heftige Klagen vor. So schreibt der Leiter des Werkes „Oktoberrevolution“ aus Krowstow am Don:

„Die letzten Eisenlieferungen, die im November und Dezember eingetroffen sind, haben in bezug auf die Qualitätsverschlechterung den Rekord geschlagen. Man darf doch nicht die Abnehmer mit Eisen beliefern, das eigentlich zurück in den Kartofeln gehört. Von diesem Eisen bekommen wir 20 % Abfälle. Anstatt 0,5 Millimeter ist das Eisen an manchen Stellen 2 Millimeter dick, an anderen Stellen durchlöchert. Wir haben eine ganze Kollektion solcher Eisenmuster gesammelt und übersenden sie dem Zentralklub der Metallarbeiter. Die Sebung der Qualität muß von den Rohstoffwerken ausgehen.“ (Torg. Prom. Gafeta, 17. Dezember 1929.)

Die Folge davon ist, daß der Warenhunger immer mehr Industriezweige ergreift. Das gilt vor allem für die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen. Da sieht es geradezu fürchterlich aus. Die Produktion dieser Gruppe sollte um 75 % gesteigert werden. In Wirklichkeit ist sie aber um 21 % hinter dem Plan zurückgeblieben. Die kritische Lage zur Frühjahrsebestellung steht außer Zweifel. Es werden einfach unkomplette Maschinen geliefert. Am 10. Dezember 1929 brachte die Moskauer „Torg. Prom. Gafeta“ einen Artikel, der Bände spricht. Das Werk „Roter Stern“ hatte Hunderte von Sämaschinen ohne Samenleitungen und sogar ohne Räder abgeliefert. Die Leiter der Maschinenwerke antworteten darauf, daß sie mit unbrauchbaren Walzprodukten beliefern werden. Direktor Bellkow („Für die Industrialisierung“, 4. Januar 1930) schildert, daß in seinem Werk 1500 Nähmaschinen im Betrage von 600 000 Rubel unfertig herumstehen, weil er mit Stahlerzeugnissen beliefern wurde, die er nicht bestellte



Krestinsky,
der Sowjetbotschafter in Berlin

und daher nicht verwerten kann. Wenn die geforderten Teile nicht vorhanden sind, wird der Güterzug einfach mit anderen Sachen vollgepfropft und an das Werk geschickt. Wie eine unglaubliche Grotteske wirkt ein Telegramm aus Samara, das am 2. März in der Sowjetpresse stand:

„Die Eisenbahnladungen, die Ersatzteile für die bereits abgenutzten Teile der Traktoren enthalten sollten, bestehen zu 50 % aus leeren Flaschen, Damenstiefeln und Kinderfahrrädern.“

Das also ist die vielgerühmte sowjetrussische Planwirtschaft! Die Frühjahrsaatkampagne in Damenstiefeln auf Kinderfahrrädern vermittelt leere Flaschen!

Dazu kommt die Unpünktlichkeit und die sprichwörtliche Ausschußproduktion der Sowjetfabriken. Die Leidtragenden sind die breiten Schichten. Die amtlichen Untersuchungen über die Qualität der russischen Fertigwaren sind niederschmetternd. Man darf dabei nicht vergessen, daß Rußland schon vor dem Krieg Textil- und Schuhwaren von Güte auf den Markt brachte. Heute, im Zeitalter der Rationalisierung und Maschinisierung, sieht es folgendermaßen in Rußland aus („Trud“ vom 1. Februar 1930):

„Die Untersuchung hat gezeigt, daß Ausschußware massenhaft als gute Ware auf den Markt gebracht wird. Faktisch erreicht die Ausschußproduktion in einer Reihe von Betrieben 50 und mehr Prozent. Dies gilt für fast alle von der Erhebung erfaßten Industriezweige.“

In der Weberei „Proletarische Manufaktur“ in Twerf mußte die Untersuchungsbehörde 46 % des untersuchten Rohgewebes als unbrauchbar erklären. Von den 114 Stück Trikotgewebe, die bereits in der Prüfstelle des Textilsyndikates nachgeprüft worden waren, erwiesen sich sämtliche als untauglich für die Verarbeitung in der Konfektion.

In der Fabrik „Der schöpferische Arbeiter“ gab es nicht einen Meter Rohgewebe ohne Webfehler. In der Fabrik „Sturmvogel“ in Leningrad waren von 310 Paar Schuhen der höchsten Qualität 107 Paar defekt. In der Fabrik „Pariser Kommune“ wurden bei der Prüfung von 554 Paar Schuhen 259 Beanstandungen vorgenommen. In der Fabrik „Skorošod“ in Leningrad mußten von 1142 Paar Schuhen 430 Paar beanstandet werden . . .

In der Konfektion sind fast bei jedem der untersuchten Kleidungsstücke Fehler festgestellt worden. Bei den Jacketts war die eine Seite länger als die andere, die Größenmaße der Jacketts und Hosen waren nicht einander angepaßt, die Ärmel waren nicht richtig eingesetzt usw. In der Glasfabrik in Artem waren 30 % der Gläser I. Sorte defekt, in dem Glaswerk in Djatlow erwiesen sich sogar 50 % der Trinkgläser als fehlerhaft usw.

Nach dem Urteil des Sowjetvolkswirts Winogradsky halten die in den Sowjetbetrieben erzeugten Gummischuhe — ein in Rußland notwendiger Massenartikel — nur 5 Monate, während ihre Haltbarkeit vor dem Kriege 8 bis 9 Monate betrug. Die Haltbarkeit der Baumwollgewebe ist 30 bis 40 % niedriger als vor dem Kriege bei zwei- bis dreifach höheren Preisen.

Schuld an diesen Zuständen ist „natürlich“ der Ingenieur, der dann kurzerhand in die Klauen der GPU fällt und seine Rechnung mit dem Himmel machen kann. Daß daran aber die allgemeinen Verhältnisse die Schuld tragen und nicht zuletzt die Sowjetbürokratie, davon haben die Zeitungen zu schweigen. Arbeiter und Bauer sollen den Karren des Fünfjahresplans aus den Dred ziehen. Aber uns dünkt, er sitzt heute schon so fest darin, daß er nicht vorwärts und rückwärts kann. Und so etwas nennt sich Planwirtschaft und will der Welt ein solches Wirtschaftssystem als die höchste Gabe vorstellen.

Sowjetrußland will eine Höchstproduktion erreichen mit ausgehungerten Arbeitern und mit schlechten Maschinen. Das „Kunststück“ brachte selbst das Mutterland des Kapitalismus, England, nicht fertig. Es stellte wenigstens noch gute Maschinen zur Verfügung. Aber es scheint, als ob Sowjetrußland auf allen Gebieten den Kapitalismus „übertagen“ will. Wir bedauern dabei nur die armen russischen Arbeiter, denen ein gutes Brot sicherlich viel lieber ist als alle Bände von Karl Marx. Das zweite gibt man ihnen, beim ersten legt sich der Sowjetstaat eine „welsche“ Beschränkung auf. Solche Wirtschafts- und Arbeiterverhältnisse müssen aber in sich den Keim des Verfalls für Sowjetrußland tragen. . . ie . . .

Verwahrloste Kinder und „Chuliganen“



Vurchtbare Not, gewaltiges Elend hat der Bolschewismus über Rußland gebracht. Grauenhaft sind die Berichte über die Zustände, welche das bolschewistische System geschaffen hat. Besonders traurig ist das Kapitel „Kindererziehung und Jugendbildung“. Die Zerrüttung der Ehe nahm diesen das Vaterhaus, stieß sie hinein in Elend und Not. In den Straßen der großen Städte, auf den Landstraßen irren diese armen Kinder, die kein Heim, keine Familie mehr haben, verwahrlost umher. Der russische Schriftsteller B. Senfjnosff hat in seinem Buche „Besprjormje = Die Verwahrlosten“ aus den bolschewistischen Blättern gesammeltes Material über das Elend der verwahrlosten Kinder veröffentlicht. Die Witwe Lenins bezifferte ihre Zahl schon 1922 auf acht Millionen, von denen nur 800 000 in Kinderheimen untergebracht seien. Der bolschewistische Volkskommissar Lunartscharski gab 1928 in der Moskauer Zeitung „Iswestja“ an, daß die Zahl dieser Armen sich auf 9 Millionen belaufe. Seit Jahren versucht man, die Scharen dieser armen Kinder von den Straßen und aus den Wartesälen der Bahnhöfe wegzubringen, oft sogar unter Anwendung harter polizeilicher Maßnahmen. Erreicht hat man wenig. Seit 1926 will man die „Stabilisierung der Zahl der Verwahrlosten“ erreicht haben. Flüchtlinge, die aus den Gefängnissen der Solowjezki-Insel im Weißen Meere entwichen sind, berichten, daß eine Anzahl dieser Kinder hier untergebracht sei. Von Hunger und Not zermürbt, fallen die Armen zu Tausenden der grimmigen Kälte zum Opfer. So erzielt man eine Abnahme der Zahl der Verwahrlosten. Besonders groß ist das Kinderelend in den großen Städten. Diese sind die letzte Hoffnung der Kinder. Oft kommen sie Tausende von Kilometer weit her, teils zu Fuß, teils auf den Dächern der Eisenbahnwaggons. Andere hingen sich an die Kuppelungen eines Zuges oder klammerten sich an dem Gestänge unter den Waggons fest. Georg Popoff schreibt in seinem Buch „Unter dem Sowjetstern“:

„Sie kommen aus dem Reiche des Hungers, ihre Heimat ist zu einer Wüste geworden, das Schicksal stößt sie mit geheimnisvoller Macht irgendwohin, ihr Weg ist ein Leidensgang ohne Beispiel, und ihr Ende — elendes Verkommen. . . . Moskau gewährt ihnen Unterschlupf: in schmutzigen Höfen, unter Brückenbögen, in Aborten, in versteckten Winkeln der Bahnhöfe, in Verbrecherkasernen usw. Die räudige Sünde suchen sich diese kleine Menschenwesen oft die unglaublichsten Schlafstätten. Sie zwängen sich hinter die Heizungsrohre in den Bahnhofshallen oder bauen sich in Müllhaufen ein Bett, um sich wenigstens vor der Kälte zu retten. Der Frost ist es meistens, der diese Kinder zu Tode würgt.“

Man hat in Rußland Kinderheime. Aber diese scheinen nicht sehr anziehend für die Kinder zu sein. Sie fliehen wieder hinaus und halten es für angenehmer, wieder in Freiheit und Ungebundenheit auf den Straßen herumzuströdeln. Wie in Rußland alles und jedes darauf eingestellt ist, dem Menschen die Religion aus dem Herzen zu reißen, so werden auch die Kinderheime schon dazu benutzt, um die jungen Seelen zu vergiften. Von Zucht und Ordnung ist keine Spur vorhanden. Die Kinder sind verwildert und haben wenig Achtung vor jeder Autorität. So geht es in den Heimen sehr wild zu. Der russische Schriftsteller Gladkoff hat in seinem Roman „Zement“ ergreifende Schilderungen über das Leben und Treiben in diesen Kinderheimen eingeflochten. Da Gladkoff Anhänger der Regierung ist, dürften diese Schilderungen den Tatsachen zum guten Teil entsprechen.

Die Charlower Zeitung „Der Kommunist“ schrieb am 27. Januar 1926 über ein solches Kinderheim:

„In dem traurigen Haus wohnen 200 Kinder von 12 bis 18 Jahren. . . . In einem schmutzigen und finsternen Zimmer schlafen 48 Jünger auf alten Bettjacks ohne Kopfkissen. Auf 40 Personen kommen nur drei Eßschüsseln und vier Löffel. Es gibt keine Gläser. In einem finsternen, feuchten, kalten Zimmer im zweiten Stock wohnen 70 Kinder. Sie alle sind halbnackt und barfuß in zerrissenen Kleidern oder auch nur in Unterhosen. . . . Die Kinder schlafen auf dem bloßen Fußboden und schmiegen sich eng aneinander, um sich zu wärmen.“

Gewiß hat auch Rußland versucht, die Ursachen des Elends der verwahrlosten Kinder zu ergründen. Zuerst glaubte man in der Auswirkung der Hungerjahre 1921 bis 1922 die Ursache gefunden zu haben. Der Volkskommissar Lunartscharski aber wies darauf hin, daß auch seitdem eine stete Zunahme zu verzeichnen sei. Anfang 1928 schrieb er u. a.: „In einem Worte: es gibt einen fortwährenden Zulauf für die Verwahrlosung.“ Andere meinen, die Verwahrlosung rühre vom Kapitalismus her. Dann müßte ja Rußland das Land des höchstentwickelten Kapitalismus sein! Der Wahrheit am nächsten kommen jene Russen, die die Ursache in der durch das bolschewistische System zerstörten Familie sehen. In der „Prawda“ wie auch in der „Iswestja“ wird offen zugegeben, daß es in Moskau wie auch in Petersburg eine beträchtliche Anzahl von Vielweiberei und sogar von Vielmännerei gebe.

Bei der Beratung des neuen Familienrechtsentwurfes erklärte die Genossin Dassinowa:

„Eine Norm ist notwendig; wahrlich die Männer und Frauen haben jeden Halt verloren und sind schon recht zu frei geworden. Ich glaube, es ist nötig, die Freiheit zwischen den Geschlechtern zu beschränken. Mancher Mann hat 20 Frauen; mit einer lebt er eine Woche, mit der anderen zwei usw., jede behält aber ein Kind. Das sind unmögliche Verhältnisse. Wie kann man den Betreffenden für den Unterhalt verantwortlich machen. Man müßte ihm die Haut vom Leibe ziehen. Deswegen werden alle Kinder heimatlos und auf die Straße geworfen.“

Bei solch grauenhafter Verheerung des Familienlebens kann die Verwahrlosung der Kinder und der heranwachsenden Jugend nur die unausbleibliche Folge sein. Die Zerstörung der Familie ist nicht eine Nebenursache der Kinderverwahrlosung, wie die „Prawda“ am 25. 12. 1926 schreibt, sondern sie ist die Wurzel derselben. Sie werden „Chuligane“.

„Chuligane“ sind herumstreifende Verbrecher. Sie sind Verbrecher mehr aus Haß und Verachtung des Mitmenschen als aus dem Bestreben, sich Vorteile zu verschaffen. Es sind junge Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren, die in den Städten und sogar auf dem Lande alles unsicher machen. Sie rauben auf der Straße den Leuten ihr Geld, verlegen harmlose Spaziergänger schwer, zerstören Häuser und vergewaltigen Frauen und Mädchen. Die Polizei wird nicht mehr mit ihnen fertig, da ihre Zahl zu groß ist. Die „Krasnaja Gaceta“ behauptet, daß das Chuligantentum nahezu die gleiche Zahl von Opfern fordert wie der Weltkrieg.

Grauenhaft ist die sittliche Verwahrlosung dieser jungen Leute beiderlei Geschlechts. „Weg mit der Schamhaftigkeit“, ist ihre Losung. Auch die jungen Mädchen haben die Anschau-

ungen des Kommunismus über Sittlichkeit angenommen. — Was ist das Ende dieser jungen Menschen? Angeekelt vom Leben, von einem solchen Leben, begehen sie Selbstmord. Nach einem amtlichen Bericht sind in Moskau 54% aller Selbstmörder weniger als 30 Jahre alt. In vielen Fällen klagen die Selbstmörder in hinterlassenen Schriftstücken die kommunistische Partei und deren Mitglieder als verantwortlich für den Selbstmord an. Diese Zustände unter der Jugend bilden

die schärfsten Anklagen gegen den Bolschewismus. Ein großer Teil der jungen Russen hat jede Selbstbeherrschung verloren, ist vollständig verrotzt und anerkennt keine Autorität mehr. Nichts, nicht einmal das eigene Leben ist ihnen mehr heilig. Kurz, sie sind verzweifelt, sie wissen nicht mehr, wohin sie sich wenden sollen.

Ein Regiment aber, das solche Ergebnisse hervorbringt, hat sich längst selbst verurteilt. Pelster.

Bolschewismus, Kultur und Christentum

Bolschewismus ist der Gegner alles Bestehenden. Er ist die Revolution schlechthin, Revolution gegen Gottesglauben, Kirche, Persönlichkeit. Jede wirkliche Kultur ist Verankerung im Höchsten, in Gott, weil sie Veredelung sein will. Wahre Kultur drängt zur inneren Persönlichkeit. Der Kommunismus zerreißt seelische Kultur und will nur materielle Zivilisation. Deshalb ist bei ihm Leugnung der höchsten Sittengesetze und der ausschlaggebenden Kraft des Geistes Kampf gegen den Gottesglauben, als dem Fundament der Kultur. Wir brauchen nur einige seiner Führer zu zitieren, um das begreiflich zu machen:

Lenin: „Religion ist Opium fürs Volk . . .“

Bucharin: „ABC des Kommunismus“: „Der Glaube an einen Gott ist von Grund aus falsch. Die Religion ist mit dem Kommunismus weder praktisch noch theoretisch zu vereinigen. Zwischen den Direktiven des Kommunismus und den Geboten der Religion besteht ein unveröhnlicher Gegensatz.“

Schlesische kommunistische Arbeiterzeitung vom 5. Juni 1923: „Alljährlich am sogenannten Fronleichnamstage wird ein aus Mehl gebackener Götz, in dem sich Christus verbergen soll, umhergetragen. Eine Menge Pfaffen, Betschwestern, Mönche, Nonnen und Vereine mit ihren Fahnen hatten sich eingefunden, um diesen mittelalterlichen Rummel mitzumachen. Das „Allerheiligste“ trug Kardinal Bertram, angetan mit goldstrobenden Gewändern, in die sich auch die anderen Oberpfaffen gehüllt hatten.“

Und weiter: „Unsere Aufgabe besteht nicht darin, zu reformieren, sondern alles zu zerstören, was Moral ist“ (ABC des Kommunismus). „Moral ist, was nützlich ist für die kommunistische Partei“ (Lenin). „Wir hassen die Christen; sie predigen die Liebe und das Erbarmen, was unseren Grundsätzen zuwider ist. Nieder mit der Nächstenliebe! Was wir brauchen, ist der Haß“ (Lunatscharsky, früher Kommissar des öffentlichen Unterrichts). „Die Diktatur der kommunistischen Partei wird aufrecht erhalten durch Anwendung von allen Formen der Gewalt“ (Trozki). „Wir vertreten den organisierten Schrecken, wir kennen keine Gnade“ (Dzerzinskij). „Man muß die Familie ersehen durch die kommunistische Partei“ („Ehe und Familienrecht“ von Gorkhberg).

Der Kommunismus ist lediglich verneinend. Er will die Aus-



schaltung aller sittlichen Momente, Einstellung auf rein ökonomische Zielkräfte und dadurch Niederreißung jeglicher inneren Kultur, weil er einfach nivellieren will. Deshalb auch die negative Einstellung zur Persönlichkeit und zur Arbeit. Der Bolschewismus sieht nur Masse, nur Proletariat; er ist deshalb Gegner von Standwerdung und Berufsiebe. Ihm ist die Masse nur unpersönliche revolutionäre Stoßkraft. Sie soll sich nicht orientieren an einem sittlichen Ideal, sofern sie nach Vorbildern sucht.

Die Arbeit ist dem Bolschewismus keine sittliche Leistung im Dienste der Gemeinschaft, sondern im Grunde etwas Verabscheuungswürdiges; man leistet sie höchstens, um sich ein Paradies auf Erden zu schaffen. Deshalb Aufstachelung zum Mammonismus der Besitzlosen, den man bei den Besitzenden bekämpft. Der Kommunismus will gegen die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten kämpfen, aber durch rein materialistische Arbeitsauffassung und falsches Arbeitsethos läuft er in eine neue mechanische kapitalistische Wirtschaft aus. Infolgedessen bringt er eine Ertötung der sittlichen Werte. Daraus folgt Unfähigkeit zur Freiheit und Arbeitslust. Um das auszugleichen, verlangt der Kommunismus schärfste Disziplin. (Ab Abschaffung der Todesstrafe 1917, Wiedereinführung 1919. Förderung möglicher Eigenbetätigung der Arbeiter 1917 in den Fabriken als Leiter usw., 1920 rückwärtsloser Abbau dieser Vorrechte.)

Der Kommunismus verneint Nation, Vaterland und die Gleichberechtigung aller Stände. Er will durch Umsturz, Bürgerkrieg und Diktatur eine andere Gesellschaftsordnung erringen mit einer neuen,



von Gott losgelösten Ethik. Das letzte Ziel ist der Klassenkampfgedanke als Herrschaft einer einzigen Schicht. Er will die Botmäßigkeit der anderen Schichten und der Andersdenkenden. Er ist der grundsätzliche Gegner der Demokratie, deshalb Gegner eines Parlaments oder einer Konstituante.

„Die Revolution diskutiert nicht mit ihrer Feindin, sie zerschmettert sie“ (Radek). „Unser Ziel ist, die Bourgeoisie zu erwürgen“ (Bucharin). Deshalb auch keine Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlungen. Als Mittel dazu dient in Rußland die Monopolisierung der Anzeigen für kommunistische Zeitungen. Druckereien und Papiervorräte wurden sozialisiert.

Um die Bourgeoisie zu zerschmettern, ist die Inszenierung von Bürgerkriegen notwendig. „Unsere Losung ist: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse“ (Bucharin). (Leunawerke 1921, Sachsen, Hamburg.)

Wir brauchen hier nicht näher auf die russische Ehegesetzgebung einzugehen. Sie ist nichts anderes als eine Institution zur Zerstörung jedes familienhaften Zusammenhanges. Eine große und einflussreiche Organisation, „Die Gottlosen“, ist der wesentliche Treiber im Kampf gegen Kultur und Christentum.

Vom ersten Tage des Bestehens an hat Sowjetrußland die christlichen Kirchen mit abgrundtiefem Hass verfolgt, mochte es die griechisch-katholische, die römisch-katholische, die protestantische, mochten es Mennoniten oder sonstige sein, alle bekamen die harte Faust der Sowjetregierung zu spüren. Zwar nach den offiziellen Verlautbarungen war es anders. Aber noch heute schmachten in Rußlands Kerker oder in der Verbannung: 48 Bischöfe, 37 000 Priester und über 8700 Mönche und Nonnen. 40 Bischöfe sind verschwunden, kein Mensch weiß, wohin. Ohne vorheriges Urteil wurden seit 1917 hingerichtet: 11 Bischöfe, 1560 Priester und über 7000 Mönche und Nonnen. Leuchtende

Beispiele gaben der katholische Erzbischof Cleplaf von Petersburg, bei dessen Verurteilung der Generalstaatsanwalt Krylenko sich in wilden Haß gegen jede Religion verstieg, und der heidenmütige Patriarch Tychon aus Moskau.

Kirchen und Glocken sollen dem Verderben anheimfallen. Kapellen, Klöster und Dome wurden mit Dynamit gesprengt, wie das herrliche Simonowkloster. Gegen die Zerstörung dieses ältesten russischen Kulturdenkmals protestierte sogar die russische Akademie der Wissenschaften. Aber es half nichts. Am 21. Januar 1930 sank das Kloster in Schutt und Asche. Hunderten von Gotteshäusern erging es ähnlich. In Deutschland versucht man es mit Beschmierung der Kirchen. Den Uebeltätern ist das nicht gerade gut bekommen. Einige fanden sich in Hospitälern wieder. Die Kirchenglocken in Rußland mußten ebenfalls fort. Diese „Demonstration“ fürs Christentum sollte zu Industriezwecken verwandt werden. In Kronstadt wurden alle Kirchen, 40 an der Zahl, ihrer Glocken beraubt. Das Metall erhält die baltische Flotte. In stummem Grimme sah die Bevölkerung zu.

An manchen Orten stießen die „Gottlosen“ bei der Beschlagnahme der Kirchen auf erbitterten Widerstand. Aus einer Gemeinde des Donbeckens wird gemeldet: „Am 25. Juni 1929 wollte sich eine Kommunistenschicht der orthodoxen Kirche bemächtigen. Daraufhin wurden das ganz in der Nähe liegende Süttenwerk und die benachbarten Zechen alarmiert. Es kam zu einer regelrechten Schlacht um die Kirche herum. Sieben Tote auf Seiten der Gottlosen, acht Tote auf Seiten der Gläubigen, vierzehn Schwerverwundete, hundert Verletzte.“

Bei alledem ist verwunderlich, mit welchem Gleichmut die Mächtigen dieser Erde dem Treiben zusehen. Aber Rußland hat Petroleum. Nun ist aber das christliche Volk Europas erwacht, und wenn es auch zunächst den armen Brüdern in Rußland noch nicht Hilfe bringen kann, so kann es im eigenen Lande aber den kommunistischen Gedanken eindämmen helfen. Imhoff.

Der sterbende Sieger - der Bauer

Negativ war stets die Einstellung der Bolschewisten gegenüber der Landwirtschaft. Aus taktischen Gründen ließ man manchmal die Zügel schleifen, ja, man gab sich den Anschein großer Bauernfreundlichkeit. Die Tatsache, daß Lenin die Aufstellung der großen Güter zugunsten der kleinen Bauern durchsetzte, war ein bedeutender agitatorischer Schachzug. Vor dem Kriege hatte Rußland 16 Millionen Bauernwirtschaften, heute sind es 24 bis 25 Millionen. Aber die Sowjetherren hatten wieder falsch kalkuliert, wenn sie glaubten, diese privaten Bauerngüter allmählich wieder sozialisieren zu können. Sie kannten eben den Bauern nicht, dem die Scholle ein heiliges Gut ist.

Die strenge Ueberschusswegnahme des Getreides, die nach der schlechten Ernte 1920 stattfand, rief überall bewaffnete Bauernaufstände hervor, die bis dicht vor die Mauern Moskaus gingen. Als dazu noch der große Aufstand in Kronstadt ausbrach, kam Lenin zu der Ueberzeugung, daß es „gegen den Willen der Bauern unmöglich sei, Rußland zu regieren“. Er wollte mit der Bauernschaft „ernst und auf lange Zeit“ Frieden machen und verkündete 1921 die „Neue Wirtschaftspolitik“ (Nep).

Aber es konnte auch diesem Klügsten aller Sowjetleute nicht verborgen bleiben, daß Bauerntum und Sowjetpolitik sich wie Feuer und Wasser gegenüberstanden. Die Bauern



bildeten die große privatwirtschaftliche Basis innerhalb einer Wirtschaftspolitik der Sowjets, die alles sozialisieren, d. h. in die Hand des Staates überführen wollte. Je mehr der Bauer sich festigt, um so größer wurde nach Ansicht der Sowjets die politische Gefahr. Nun, diese akute politische Gefahr hat man mit Maschinengewehren zu erledigen gesucht; das versagte aber bei den chronischen wirtschaftlichen Gefahren. Man suchte den Bauern zunächst an den Preisen zu treffen, drückte die Getreidepreise 1926/27 bis auf das sehr niedrige Vorkriegsniveau herab in einem Augenblick, wo die Preise der Industriewaren mehr als zweimal so hoch wie vor dem Kriege standen.

Im Herbst 1927 verkauften die Bauern nur wenig Getreide an die staatlichen Handelsorganisationen. Durch die

Zerstörung des privaten Handels hatte die Regierung zugleich die Verpflichtung auf sich genommen, alle Städte und auch die ländliche Bevölkerung der Zuschußgebiete zu ernähren; aber das erforderliche Getreide von den Bauern zu erhalten, war unmöglich. In dieser peinlichen Lage entschloß sie sich, zu Zwangserhebungen zurückzukehren. Im Januar 1928 wurde der Markthandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf dem Lande verboten. Die Sowjetorgane gingen von Hof zu Hof und enteigneten das Getreide, bei der Masse der Bauern zu fixen Preisen, bei den wohlhabenden Bauern unentgeltlich unter dem Vorwand einer Strafe für Spekulation.

Das war ein Ereignis von ungeheurer Tragweite. Professor Buhkus weist im „Volkswirt“ in einem bemerkenswerten Artikel darauf hin, daß folgerichtige Planwirtschaft zu Zwangswirtschaft führe; Zwangswirtschaft heißt Rationierung. Diesen Weg ist Sowjetrußland zum zweitenmal gegangen. Im Frühjahr 1929 gab es schon Brotkarten in allen Städten; auch andere Nahrungsmittel mußten rationiert werden. Je weiter die Inflation fortschritt, desto mehr Industriewaren mußten zu Defizitwaren erklärt und rationiert werden. Das Geld verliert allmählich seine Bedeutung als Tauschmittel, und der kommunistische Sozialismus zeigt sein echtes, unverfälschtes Antlitz.

Die Getreidekampagne des Jahres 1929/30 wurde demgemäß schon auf der Zwangsumlage aufgebaut. Sie wurde in dem ungeheuren Ausmaß von 13,9 Millionen Tonnen Getreide berechnet und schnell auf die Gebiete, Kreise und Dörfer verteilt. Man ließ die Dorfversammlungen nach bolschewikischen Methoden abstimmen und sich verpflichten, die geforderte Getreidemenge zum gegebenen Termin zu stellen. Im Juni 1929 erschien ein neues Gesetz „über die Erweiterung der Rechte der Ortsowjets bei ihrer Mitwirkung zur Erfüllung der Staatspläne“. Die Sowjets erhielten das Recht, nach der „freiwilligen“ Annahme der Getreideumlage jeden Bauer, der sie nicht rechtzeitig erfüllt, bis zur fünfmaligen Höhe der Umlage zu bestrafen und hierfür, wenn nötig, sein ganzes Hab und Gut zu versteigern. Jede Opposition gegen die Umlage wird strafrechtlich verfolgt.

Um seine Pläne durchführen zu können, setzte Stalin, der zwar gewalttätige, aber wirtschaftlich fleingelstige Nachfolger Lenins, zwei Hebel an, um mit den Bauern fertig zu werden. Der eine heißt „Kolchosy“ und der andere „Kulake“.

„Kolchosy“ bedeutet soviel wie Kollektivwirtschaften. Man will den Bestandteil von Großgrundbesitz gewesenen Boden Rußlands in staatliche Verwaltung übergehen lassen. Mit anderen Worten man will Millionen Klein- und Mittelbauern enteignen. Die Sowjets wollen aus den gewesenen Bauernhöfen Staatsgüter bilden und die Bauern in landwirtschaftliche Arbeiter verwandeln. Dadurch soll der Bauerngeist endgültig überwunden werden. Das war der Grund für den Auszug tausender deutscher Mennonitenfamilien aus Rußland. Die Sozialisierung wird nun einfach auf Kosten der Bauern in Gang gebracht; man übergibt ihr ganzes Inventar der Kollektive, die mit diesem Inventar die vereinigten Gluten bewirtschaftet. Dieser Grundgedanke wurde endgültig in dem am 6. Februar d. J. veröffentlichten Musterstatut für die landwirtschaftlichen Kollektive (Artell) bestätigt, das tatsächlich obligatorisch ist. Daß dieselben bäuerlichen Felder, von denselben Bauern mit demselben kümmerlichen Inventar bestellt, nach ihrer Zusammenlegung glänzende Erfolge liefern werden, — daran darf nicht gezweifelt werden, denn so will es die Lehre.

Man war auf den Schein bedacht. Man belieferte die Kollektive mit Ackergerät, und der private Bauer erhielt fast nichts, keine Werkzeuge, keinen Kredit. Was das bedeutet, wird klar, wenn man weiß, daß nach einer amtlichen Erhebung vom Jahre 1927 auf rund 24 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe nur 9 Millionen Pflüge und 8 Millionen Eggen entfielen, daß also 7 Millionen bäuerlicher Betriebe weder Pflug noch Egge hatten. Naturgemäß wächst so die Stimmung gegen die Machthaber. Diese versuchen nun alles, um das Dorf und die Bauernschaft untereinander zu spalten.

Die Sowjets suchen den Kleinbauern gegen den Großbauern (Kulaken) aufzuheben. Sie wählen mit Geschick eine Bezeichnung der Vorkriegszeit, wo der Kulak, der Großbauer wirklich etwas war. Der Kulak der Vorkriegszeit war der Geldgeber des ganzen Dorfes. Samen, Getreide, Waren, kurz alles bekam das Dorf durch seine Hand; dafür waren alle von seiner Gnade abhängig. Die Revolution hat aber diesen Kulak fast ganz vernichtet, seine Gelder entwertet, seinen Besitz aufgeteilt. Zudem geht jetzt das Dorf immer mehr zur Geldwirtschaft über. Der einträgliche Warenhandel, den früher der Kulak inne hatte, ist heute fast allseitiges Vorrecht der Regierung, welche Industrieherrin des neuen Rußlands ist. Der neue Kulak ist — bis auf eine ganz kleine Schicht — mittlerer Bauer, denn das Sowjetagrargesetz regelte die Besitzaufstellung nach der Zahl der „Esser“ in der Familie. Darum bekommt nur die große Familie auch größeren Besitz.

Nun gelang es einem großen Teil der Bauern, sich von 1921 bis 1927 durch harte Arbeit und Entbehrungen hochzubringen. Diesen als den eigentlichen Stützen des Bauerntums will man ans Leben. Gewissenlose Elemente gibt es genug, die mit Freuden der Aufforderung der Regierung auf „Ermittlung“ der Kulaken folgen. Die „Kulaki“ werden aus ihren Höfen, die sie und ihre Vorfahren gebaut und Generationen lang bewohnt haben, vertrieben, und in ihren Räumlichkeiten wird das Inventar der Kolchosen untergebracht. Die gewissenlosesten Elemente der ländlichen Bevölkerung benützen diese Konfiskationen, um sich des gesamten Hausrates der „Kulaki“ zu bemächtigen. Leistet der „Kulak“ Widerstand, so wird er erschossen.

„Es gibt barmherzige Sonderlinge.“ lesen wir in einem Auszug der „Prawda“ vom 7. Februar aus einer Rede des Leiters des Parteikomitees der Unteren Wolga auf einer Konferenz der Landarbeiter und der Dorfarmut, „die sich mehr Gedanken darüber machen, was mit den entkulakisierten Kulaken und ihren Familien anzufangen sei, als um ihre Entkulakisierung selbst und um die dazu notwendige Organisierung der ländlichen Arbeiter, der Dorfarmen und der Mittelbauern. Es ist vollkommen klar, daß wir den „Kulak“, mag er auch entkulakisiert sein, in ein Bergwerk, in eine Fabrik, in ein Kolchos nicht hineinlassen werden. Darüber hinaus sind wir verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um sie, wenn sie es verstanden haben, sich da einzuschleichen, daraus wieder hinauszuerwerfen. Wir können es auch nicht gestatten, daß die „Kulaken“ auseinanderlaufen, wohin es ihnen beliebt, und ihre schwarzen Taten dort verwirklichen, wo man sie nicht kennt. Wir müssen alle diese Maßnahmen auf die härteste Weise und in kürzester Zeit in voller Ordnung unter der Leitung der Parteiorganisationsstellen zur Durchführung bringen.“

So wird der „Kulak“ zum Tode geheht. Diese „Liquidierung der Kulaki“ ging den ganzen Winter hindurch unter der Führung der Partei ohne jegliche gesetzliche Sanktion vor sich. Die Elite der Bauernschaft, ungefähr 4 Millionen Menschen, wurden auf diese Weise ins Elend gejagt. Selbst die kommunistischen Zeitungen müssen zugeben, daß es dabei „scharf“ zuging. Erschießungen waren an der Tagesordnung.

Die Folge alles dessen war ein beispielloser Preissturz. Kostete bis vor kurzem in Rußland ein Pferd noch 200 Rubel, so konnte man im Januar 1930 in den zentralen und südlichen Gebieten ein Pferd für 5 Rubel kaufen (Ekon. Jn., 24. Januar 1930). Das Verkaufen eines Pferdes ist aber mehr als schwer, und abschlachten will der Bauer das Pferd nicht, mit dem er jahrelang den Boden bearbeitete. So treibt er es in die Steppe. Mit dem Rindvieh scheint es noch schlechter zu stehen. Wie die „Prawda“ vom 7. Februar 1930 im Artikel „Bullenepidemie“ berichtet, geht das ganze Rassevieh unter. Nach der „Ekon. Jn.“ vom 24. Januar hat sich das Arbeitsvieh in den Kreisen am Don um 64%, in Barnaul um 50% vermindert. Die Butterproduktion scheint vernichtet.

„Ein Chaos und ein Wirrwarr“, so charakterisierte der Vorsitzende des Sowmarkoms Syzow den Gang der Kollektivierung („Ekon. Jn.“ vom 11. Februar).

Diese geradezu ungeheuerlichen Folgen bestimmten die Sowjetleute, von Mitte Februar an in der Kollektivierung langsameren Tritt zu treten und von der Verfolgung der Kulaken wenigstens offiziell abzuraten. Aber die Sowjetregierung irrt sehr, wenn sie glaubt, man könnte einen Staat bauen, wenn man den größten Teil seiner Bevölkerung ins Elend stürzt. Die Bauernkraft dürfte am Ende doch stärker sein als die ganze Kommunistenherrschaft. Burghaun.

Das Land hinter Bittern



zu den ersten Eindrücken in Moskau gehört das: niemand blickt einen an. Wer mit dem unbehaglichen Gedanken hier eingetroffen ist, schon allein durch seinen nach Maß gearbeiteten Ulfster aufzufallen, findet das zunächst beruhigend. Man wird also ungeniert seine Reugier nach russischen Menschen befriedigen können. Aber nach einer Weile wundert man sich: in Deutschland hat man für den Mann, für die Frau, die an einem vorbeigeht, doch wenigstens einen Blick übrig, und sei es den flüchtigsten, nicht hastenden; auch wenn sie keine Annäherungspläne im Schilde führen, die Geschlechter sehen einander. Die Augen dieser russischen Frauen und Mädchen aber scheinen einem zu sagen: Du bist Lust. Mit dir wollen wir auch nicht das mindeste gemein haben; denn du könntest in Versuchung kommen, uns anzusprechen, und — um des Himmels willen: mit dir zusammen wollen wir nicht gesehen werden. Das ist es; sie fürchten den Späher.

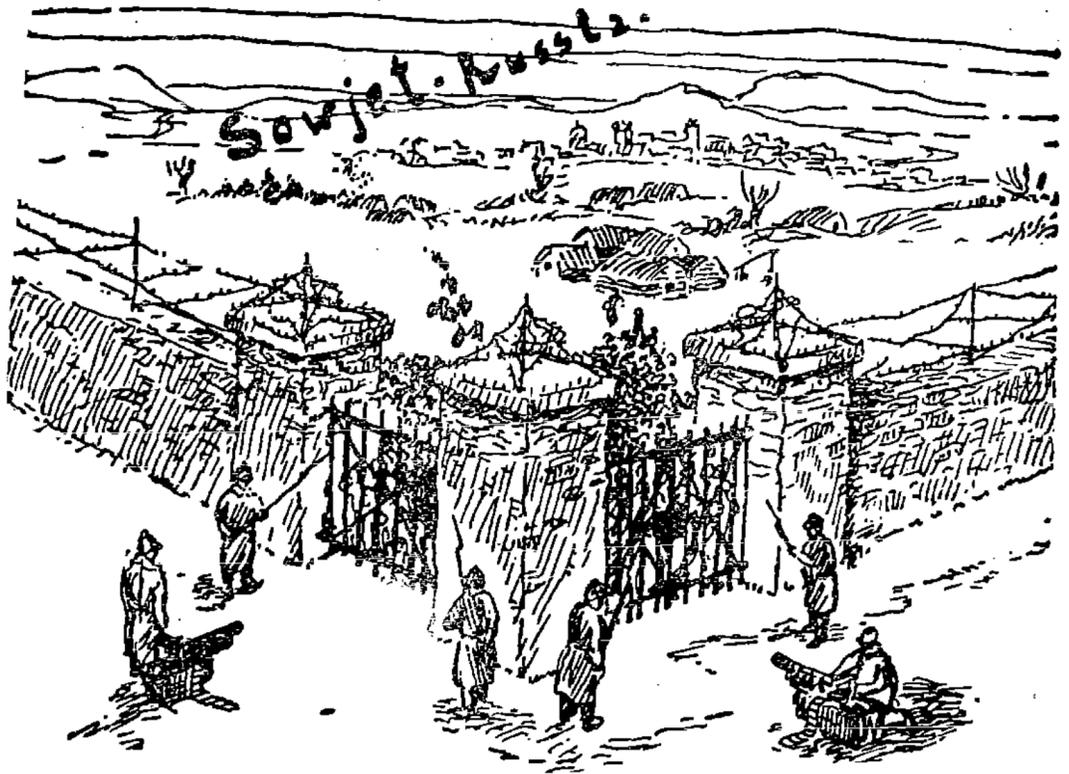
Am ersten Tag in Moskau habe ich mich verlaufen. Nach hoffnungslosem Buchstabieren der Straßenschilder bitte ich eine Vorübergehende, die ich für eine Studentin halte, um Hilfe. Sie gibt auch gleich Auskunft, aber während sie mir auf deutsch den Weg beschreibt, blickt sie im rechten Winkel an mir vorbei; sie spricht einen Monolog ins Leere — und geht dann rasch weiter. Jrgendwo in der Nähe könnte ja ein GPU-Mann stehen und sie dunkler Nachenschaften mit einem Ausländer — es gibt nur feindliche Ausländer — verdächtigen.

GPU. — so heißt in der Abkürzung von Wörtern, die ich nicht verstehe, die politische Polizei. In der Art ihres Wirkens die Nachfolgerin der zaristischen Ochrana, hat sie es dahin gebracht, daß ihr Bespitzelungssystem heute wie ein Alpdruck auf Rußland liegt. Ob die landläufigen Schauer-geschichten, wie die, daß Russen, die etwa das Gebäude einer fremden Botschaft betreten, von der GPU geknipst werden, immer der Wahrheit entsprechen, das erscheint gleichgültig. Die Tatsache, daß sie geglaubt werden, daß jeder Russe in seinem besten Freund einen Späher zu wittern beginnt, ist erschütternd genug.

Kein Wunder, wenn die Furcht vor dem amtlich bestellten Späher die Annäherung zwischen In- und Ausländern erschwert. Denn so wirken die Vernebelungstöpfe nach beiden Seiten, und das ist ja auch wohl nicht zuletzt der Zweck des Systems: einerseits erfährt der russische Untertan nicht, wie es in der bürgerlichen Welt zugeht, und das Bild des Bourgeois, das ihm die bolschewikischen Agitatoren vorhalten, wird nicht „verfälscht“. Auf den Plakaten sieht er uns, wie wir sind: Dickbäuche, die auf den Geldbeuteln sitzen, feiste Drasser, die, wenn sie überhaupt etwas tun, die kapitalistische Peitsche schwingen — in den wesentlichen Zügen ein getreues Nachbild des Weltkriegs-Boche. Nur daß der Boche jetzt auch in Paris, Rom, London und Newyork lebt. Und andererseits wird durch die Angst vor der GPU, die der Bevölkerung den Mund verbindet, dafür gesorgt, daß die Fremden von dem wirklichen Rußland so wenig wie möglich zu hören bekommen.

Dabei werden die Besucher aus dem Westen mit einer Liebe ans Gängelband genommen, deren man sich kaum erwehren kann. Die Prominenten erhalten einen persönlichen Adjutanten und Reisebegleiter, und um die andern bemüht sich die „Woks“, die Gesellschaft zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit dem Ausland in Moskau.

Von einer anmutigen Dolmetscherin (die man übrigens auch abends ins Theater einladen kann) begleitet, wandert der Fremde durch die kommunistischen Arbeitsäle; in einer



Schokoladenfabrik z. B. staunt er die großen Maschinen an, die zum Teil zwar schon in der Zarenzeit hier standen; ehrlich wundert er sich über die Reihen sauberer Mädchen, die an blitzblanken Tischen Bonbons in die Packung schieben. Er hat beim Pförtner schon einen weißen Laboratoriumsmantel angelegt; jetzt bindet man ihm obendrein noch etwas wie eine Schürze um: in solch doppelt-hygienischer Gewandung darf er zuletzt die Fürsorgeabteilung des Werks betreten. Von der Leiterin, einer klugen Ärztin, erfährt er, daß hier die Arbeiterinnen morgens ihre Kinder abgeben und wie für diese Zwei- bis Zehnjährigen tagsüber gesorgt wird. In Zimmer 1 sieht man die Jüngsten — ein ganzes Duzend — auf ihren nummerierten Töpfchen sitzen, in Zimmer 2 werden sie gefüttert, in Zimmer 3 ärztlich untersucht und so geht das weiter. Kaum einem unter den ausländischen Touristen, die sich dieses Anblicks mit Recht freuen, wäre es zu Hause eingefallen, das Fürsorgewesen seines eigenen Landes zu studieren, und ich bin überzeugt, viele, die große deutsche Werke nur aus der Börsenkursliste kennen, halten solche Einrichtungen für eine russische Erfindung. Daß solche Musterbetriebe vorläufig nur vereinzelt Erscheinungen sind, wird ihnen nicht klar gemacht. Man blättere einmal in der Literatur über das moderne Rußland, insbesondere der rätefreundlichen, nach: immer wieder ist es dieselbe Schokoladenfabrik, dieselbe Spinnerei, dieselbe Kinowerkstätte, dieselbe landwirtschaftliche Musterwirtschaft, die zur Bestätigung dafür dienen muß, wie herrlich weit man es unterm Rätestern gemacht hat. — Ja, die Fremdenführung der „Woks“ macht sich bezahlt.

Selber einmal die Reise in den Westen anzutreten, das ist den Rätebürgern verwehrt. Für Russen gibt es keinen Ausweg aus Rußland, — es gibt keinen Paß! Nur wenigen, die, mit oder ohne Uniform, gleichsam zur Leibgarde der kommunistischen Partei gehören, wird er gewährt. Es sind die „Abkommandierten“, Staatsbeamte und alle die erprobten Mannen, die in amtlicher oder versteckt amtlicher Mission in „Feindesland“ entsandt werden. Von den hoffnungslosen Bemühungen der hunderttausend andern weiß jeder in Rußland ansässige Ausländer zu erzählen. Es sind nicht nur die Russen deutscher Abstammung, die auf den deutschen Konsulaten ihre Auslandssehnsucht anmelden.

Die Grenze um Räterußland ist eine Chinesische Mauer. Der Rätebürger soll nicht sehen, wie ein Arbeiter in Berlin gekleidet ist, wie ein Proletarier in Marseille zu Mittag ist; er soll nicht die Möglichkeit haben, zu vergleichen. Im zwanzigsten Jahrhundert nicht nach eigenem Belieben eine Fahrkarte nach Berlin oder Honolulu lösen zu können, selbst wenn man Geld und Zeit dazu hat, das ist grotesk genug. Schlimmer ist es, auch in seinem geistigen Leben hinter Schloß und Riegel zu sitzen; denn dafür sorgt die Diktatur mit unerbitte

Ucher Strenge. Aus jeder andern Welt, die doch immerhin noch viereinhalb Erdteile umfaßt, kommt kein gedrucktes Wort, das nicht der Zensor geprüft hat. Und im Lande selbst: eine andere Publizistik, eine andere Kunst als die amtlich genehmigte gibt es nicht mehr, von der systematischen „Leninisierung“ der Wissenschaft gar nicht zu reden. Die Stimmen der weltanschaulichen Opposition hat man längst endgültig stumm gemacht. Propaganda, einseitigste rote Propaganda ist alles.

Aber der Rundfunk, sagte ich mir, das ist die Lücke in der Mauer! Und es ist auch wahr: einen Röhrenapparat für den Fernempfang darf man sich anschaffen. Doch wer kann sich solche Kostspieligkeiten in Rußland leisten! Die wenigen, die es können, haben obendrein mit dem noch kostspieligeren Besuch des Genossen von der Steuerbehörde zu rechnen. Und sitzt wirklich einer am Lautsprecher und lauscht den Stimmen aus der unkommunistischen Welt: er wird die seltsame Erfahrung machen, daß gerade dann, wenn das Lied aus dem

Jenseits besonders anregend wird, „atmosphärische Störungen“ sich zu ereignen pflegen. . . . Nein, die Fenster und Türen in diesem russischen Haus sind luftdicht verschlossen.

Die erschütterndsten Minuten, die ich in Rußland erlebte, waren die fünf letzten. Bei der Abfahrt des Dampfers von Odessa. Wie jede Woche, wenn ein Auslandsschiff abgeht, haben sich Zuschauer versammelt. Auf den Landeplatz selbst dürfen sie nicht; irgendwo abseits, hinter Postenketten und Drahtgeflecht, stehen sie gedrängt. In allen Häfen des Schwarzen Meers, erinnert man sich, gerieten nach dem dritten Glockenzeichen die Zurückbleibenden vor Jubel oder Abschiedsweh aus dem Häuschen. Hier bleiben sie stumm. Niemand winkt. Die Glücklichen an Bord, das sind abgeschobene Griechen, Juden, ein paar deutsche und amerikanische Touristen, — es ist kein Russe, keiner ihrer Angehörigen darunter.

Mit Blicken, die man nicht vergißt, sehen sie dem Schiff nach, das in die andere, verbotene Welt fährt.

Erwin Berghaus.

Kommunismus und christliche Arbeiterschaft

Die Zeit der wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit wird von den Kommunisten erneut dazu benutzt, um auch in die christliche Arbeiterbewegung einzudringen. Den ersten ungeschickten Vorstößen 1919 und 1920 (Kapp-Putsch) folgen jetzt überlegtere. Ging man 1919 auf breiter Front vor, verbunden mit offenem Kampf gegen die Religion, so sucht man heute das Ziel zu erreichen durch:

1. Aufziehen einer Vertrauenskrise zwischen Führer und Kollegenschaft.
2. Taktisches Einstellen auf die Not der Arbeiterschaft. (Erwerbslosenräte, Demonstrationen.) Aber geholfen wird damit den Arbeitslosen am wenigsten.
3. Schlagworte von der „Einheitsorganisation“.

Wir haben in Nr. 7 unseres Organs in einem längeren Artikel über die Unterminierungsabsichten der Kommunisten gesprochen, die in einem Zirkular von Anfang Januar 1930 den christlichen Gewerkschaften den schärfsten Kampf ansagten.

Der Kampf zwischen christlicher Arbeiterbewegung und kommunistischer Bewegung beginnt also größere Wellen zu ziehen; er wächst sich aus zum Kampf zwischen dem demokratisch-sozialen-nationalen Gedanken und der diktatorisch-antisozialen-internationalen Idee, letztlich zwischen christlicher Idee und materialistischer Auffassung.

Es ist das kein Kampf gegen den einzelnen Kommunisten, der mit uns in gleicher Not steht. Es handelt sich um mehr als um Lohn- oder Arbeitszeitsfragen, sondern um das Höchste, um unsere christliche Weltanschauung, um unsere Wirtschafts-, Staats- und Volksauffassung gegenüber der kommunistischen Auffassung.

Wir wollen hier noch einmal kurz unsere Stellungnahme zu den verschiedenen großen Fragen präzisieren.

I. Unsere Stellung zur Kultur, Nation, Volk, Familie, Wirtschaft.

Unsere christliche Grundanschauung basiert auf der Anerkennung oberster sittlicher Gesetze, auf dem Glauben an ein lehtes höchstes Sein, an Gott, der bewegenden Kraft des Geistes auf Menschengehehnisse, der Ueberordnung des Geistes über Materie, Stoff, Maschine. Ueber Staat, Wirtschaft



und Gesellschaft mit ihren Interessenkämpfen soll das Prinzip der Gerechtigkeit und Nächstenliebe stehen. Das Christentum lehrt auch das allgemeine Gesetz der Arbeit, aber als sittlicher Pflicht. Dadurch bringt es die Arbeit innerlich zu Ehren und macht die Arbeit frei, weil es die Arbeit mit Gott selbst verknüpft. Die Arbeit soll nicht bewertet werden als Mehrung des Profits, sondern als sittliche Menschenleistung. Die wirtschaftliche Tätigkeit wird dadurch ein Lebenswerk im Gesamtsystem der sittlichen Zwecke. Der Arbeitende selbst ist eine von Gott geschaffene Persönlichkeit, die über allen Sachwerten steht und der die Sachen zu dienen haben. Der kapitalistische und kommunistische Geist ist eine Verlehnung des Eigenwertes der Persönlichkeit.

Unsere Aufgabe ist die Schaffung einer neuen Kultur der Arbeit, die die Arbeit geistig und seelisch erfasst als sittliche Pflicht und als Dienst an der Gesamtheit.

Wir stehen bewußt auf dem Boden der Nation. Uns ist das Volk schicksalhaft Zusammengefügt, dessen Ausdruck desah nicht der Klassenkampf, sondern das Prinzip der Solidarität aller Volksschichten ist. Aber das kann nur aufgefaßt werden unter dem Gesichtswinkel der Wahrung der berechtigten Interessen jedes Standes. Jeder Stand soll seine Interessen den Interessen und Lebensfragen des Volkes unterordnen. Die Arbeiterschaft ist auf Gedeih und Verderb mit den anderen Volksschichten verbunden. Deshalb Ablehnung des Klassenkampfes, der Revolution und Diktatur des Proletariats und Vertretung des Gedankens der sittlichen Gleichberechtigung aller. Die Arbeiterschaft mag bedenken, daß auf jede Revolution eine Reaktion folgt, deren Last sie allein zu tragen hat. Wir sind national, weil wir Volk und Heimat lieben und seine berechtigten Ziele erreichen helfen wollen. Unvereinbar mit dem Christentum jedoch ist Chauvinismus.

Die Wirtschaft ist für uns nicht Selbstzweck; sie soll höheren, sittlichen Zwecken unterstehen. Das Aut-Produktions-Ideal ist falsch. Die Volkswerte dürfen nicht unter den Wirtschaftswerten stehen. Gesundheit, Gesittung

und Kultur dürfen nicht den Produktionsziffern geopfert werden. Wir stehen auf dem Boden des Privateigentums. Aber es gibt kein unbeschränktes, pflichtenloses Privateigentum. Privateigentum ist Verantwortung. Wir kämpfen nicht gegen eine Form der Wirtschaft, sondern gegen den ungesunden kapitalistischen Geist. Wir wollen den Arbeiter zum Mitträger der Produktion machen, der voller Verantwortung in der Wirtschaft steht. Wir wollen Berufs- und Betriebsfreude heben. Aber das ist nur dann möglich, wenn der Betrieb auch der Opfer wert ist, die der Arbeiter bringt.

Die Familie ist die Wurzel des Gemeinwesens. Drei unvergängliche Beziehungen im Menschenleben, Autorität, Gehorsam, Brüderlichkeit, erwachsen aus der Familie. Aber ohne ein noch so bescheidenes Privateigentum kann von Einheit und Existenz der Familie nicht geredet werden. Wir stehen auf dem Boden der christlichen Schule und der christlichen Erziehung.

II. Was will die christliche Arbeiterbewegung?

Die soziale Spannung zwischen Ständen und Volksschichten muß gemildert werden. Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen auf die innere Gesundung des Volkes eingestellt werden. Durchgreifenden Reformen darf die Wirtschaftspolitik nicht aus dem Wege gehen.

Den Arbeitern muß ein ausreichender Anteil am Ertrag der Wirtschaft gegeben werden. Deshalb kämpfen wir für gerechte Entlohnung und Arbeitszeit.

Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Wirtschaft. Auch in der Wirtschaftsführung muß die Arbeit als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden.

Wir lehnen die Nachwächterrolle des Staates für die Wirtschaft, aber auch bürokratische Maßnahmen ab. Wir wollen, daß die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer in paritätischer Selbstverwaltung unter Kontrolle des Staates ihre Angelegenheiten selbst regeln.

Ausbau des Tarif- und Einigungswesens. Festigung der Sozialpolitik.

Sorge um Arbeitsbeschaffung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Sorge um die Zukunft der Arbeiter. Der Arbeiter darf nicht dem Alter oder dem Unfall mit solcher Unruhe entgegen sehen, wie das heute der Fall ist.

Der Wohnungsfrage ist großes Augenmerk zuzuwenden. Hebung des nationalen und sittlichen Volksgedankens, Willen zur Persönlichkeit.

III. Was ergab sich aus der christlichen Grundeinstellung?

Die christliche Gewerkschaftsbewegung stand auf dem Boden des Gedankens der Reformarbeit und lehnte den Gedanken der Revolution und des Klassenkampfes ab.

Aus dem Gedanken der Reform als dem Gedanken der Gerechtigkeit, der Gemeinschaftsarbeit, des Interessenausgleichs erwuchs:

1. der Tarifvertrag,
2. das Schlichtungswesen,
3. die Arbeitsgemeinschaft,
4. die Arbeiterausschlüsse,
5. der Betriebsrat als volklich-ständischer Faktor.

Alle diese Errungenschaften stehen in direktem Gegensatz zur Klassenkampfsidee. Die deutschen Kommunisten und Sozialisten übernahmen alles das aus der christlichen Idee. Sie verließen damit Marx. Ohne Tarifverträge und Schlichtungswesen wäre heute die Arbeiterschaft zerrüttet.

Ein weiteres Vorwärtsschreiten ist nicht zu erreichen durch Nörgeleien, Abseitsstehen, Einheitsorganisation, sondern durch schlagkräftige Organisationen, die das Praktische und Mögliche im Auge halten und dabei von großen sittlichen Gedanken ausgehen. Das kann und will der Kommunismus nicht. Darum gilt ihm unser Kampf wie seinem etwas blässleren älteren Bruder, dem Sozialismus. Der Christliche Metallarbeiterverband hat viel für die Metallarbeiterschaft erreicht. Im Kampf sind wir groß geworden. Im Kampf schreiten wir weiter voran unserm Ziele zu. . . b . .

Der Boden kommunistischer Keimzellen



Es ist eine auffällige Erscheinung, daß besonders gerade in Deutschland die kommunistische Saat derart in die Salme schießt, daß jedem ernstlich Denkenden die Frage kommen muß, wo die Ursachen für diese Erscheinung zu suchen sind.

Der Ursachen gibt es viele. Die antireligiöse Einstellung, wie sie der deutschen Sozialdemokratie seit jeher eigen war, die sich in ihren Anfängen bis zum Kriegsausbruch in nichts unterschied von der heutigen kommunistischen, ja, die in vielen sozialistischen Parteiorganen und Handlungen der heutigen kommunistischen gleicht wie ein Ei dem anderen, schuf den ersten Nährboden für das, was wir heute erleben. In mehr verstecktem Sinne ist diese Haltung dieselbe geblieben. Die Stellung zur Ehe, zur christlichen Schule, die Propaganda für die Freiheitsbewegung mit der Aufforderung zum Kirchenaustritt, die von der Sozialdemokratie und den sozialistischen „freien“ Gewerkschaften betrieben werden, sind in ihrem Wollen genau so zu beurteilen wie die gekennzeichneten kommunistischen Taten. Daran ändern auch die religiösen Sozialisten nichts, denn ihre verschwommenen Ideen führen zum gleichen Endziel.

Auf die Hauptursache, die an erster Stelle den Nährboden für den Kommunismus darstellt, sei hier besonders hingewiesen. Es ist dies die große Arbeitslosigkeit in Deutschland. Eine Ursache, die in ihrer Tiefe auch von sehr vielen Christen

noch nicht voll erkannt ist. Lassen wir folgendes auf uns einwirken.

In Deutschland kommen, laut Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger, 13 Landesarbeitsämter mit 533 Arbeitsämtern in Frage. Zu diesen Arbeitsämtern kommt noch mindestens die dreifache Zahl von Nebenämtern und Meldestellen. Die mehr als 3 Millionen Arbeitsuchenden versammeln sich wöchentlich mehrere Male an den Arbeitsämtern und deren Nebenstellen, versammeln sich jede Woche dort, wo sie ihre farge Unterstützung abholen, die im Durchschnitt für Verheiratete 14 RM und für Ledige 9 RM beträgt. Dort ist die Stelle, wo der Kommunismus seinen Nährboden hat und wo die kommunistisch-bolschewistischen Gedanken sehr leicht Eingang finden bei Menschen, die in bitterster persönlicher und familiärer Not ihr Dasein fristen, bei Menschen, die die Kriegsfolgen, Arbeitslosigkeit, diese wirtschaftliche Geißel, Monate, ja Jahre lang ertragen.

Junge Menschen, bei denen Arbeit, Betätigung zu ihrer Erziehung erste Voraussetzung ist, sind arbeitslos. Menschen, die im Werden begriffen sind, die Bedürfnis und Wille haben, sich eine Existenz zu schaffen, die schon sehen, welches Los dem Existenzlosen blüht, sind arbeitslos, stehen zu Hunderten an den Arbeitsämtern, diskutieren miteinander, streiten über ihr Los und ihre Zukunft. Ob viele, die heute so leicht urteilen und die Nase rümpfen, fester blieben als jene jungen Menschen, die den kommunistischen Gedanken anheimfallen?

Familienväter im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft, mit dem Willen befeelt, durch Arbeit für Weib und Kind zu sorgen, sind arbeitslos. Monate, Jahre lang. Müssen der Not von Weib und Kind tatenlos zusehen. Sehen die Gegenätze im Leben ganz anders als jene, die von der Geißel der Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind. Es erübrigt sich für den ernst Denkenden, noch ein Wort über die sittlichen und moralischen Gefahren hinzuzufügen.

Bei den Arbeitslosen sei einer Kategorie besonders gedacht. Es sind jene, die wegen ihres Alters abgebaut wurden, die schon in einem Alter von 40 Jahren als zu alt galten. Viele, sehr viele befinden sich unter diesen „Alten“, die noch im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind. Die 20, 30 und 40 Jahre bei einer Firma gearbeitet, einem Arbeitgeber ihre ganze Lebenskraft zur Verfügung gestellt haben, um dann als zu

alt abgebaut zu werden. Diese Brutalität geht nicht spurlos an jenen Menschen vorüber.

Die Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Arbeit ist deshalb erstes und dringendstes Erfordernis. Zur Beschaffung dieser Mittel ist das schon oft erwähnte Volkspotopfer die beste karitative Hilfe. Schaffen wir Arbeit!
Fr. Schümmer.

Unser Erfolg: Beckerstahl bleibt in Arbeit



Das verantwortungsvolle Vorgehen unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist von Erfolg gekrönt worden. Am 12. April wurde zwischen der Werksleitung und den oben genannten Verbänden ein Abkommen getroffen, wonach die Fortführung sämtlicher Betriebsteile des Stahlwerkes Becker in Willich bis zum 31. März 1931 zunächst gesichert bleibt. Die 1600 Arbeiter und Angestellte des Willicher Werkes bleiben in Arbeit und Brot. Leider konnte die Fortführung des Gesamtbetriebes der Reinholdhütte nicht erreicht werden. Die Abteilungen Hochofen und Martinwerk werden im Mai stillgelegt, jedoch werden das Elektrowerk und die Nebenanlagen weitergeführt, wodurch über 50% der Belegschaft der Reinholdhütte in Arbeit bleiben. Dem Abkommen mit Stahlwerk Becker hat die Belegschaft mit 100% zugestimmt. Dem Betriebsrat stimmten elf dafür und zwei dagegen. Die drei Angestelltenräte stimmten geschlossen dafür. Der Arbeiterrat setzt sich aus zehn Kollegen zusammen, sieben sozialistische und drei vom Christlichen Metallarbeiterverband. Acht Arbeiterratsmitglieder haben „für“ gestimmt, fünf Sozialisten und unsere drei Kollegen. Alle Betriebsratsmitglieder haben als Einzelpersonen dem ersten und zweiten Abkommen zugestimmt, auch die zwei sozialistischen Arbeiterratsmitglieder. Die offiziell ihre Zustimmung für das zweite Abkommen, das sich auf Willich bezieht, abgelehnt hatten.

Wenn es nach dem sozialistischen Metallarbeiterverband und dem S.D.-Gewerkverein gegangen wäre, hätte die Betriebsleitung das Werk geschlossen und damit alle Arbeiter arbeitslos gemacht. Wo und wie die Arbeiterschaft wieder Arbeit hätte finden sollen, hat diese zwei Verbände anscheinend sehr kalt gelassen. Daß blühende Gemeinden dadurch zum Ruin verurteilt worden wären, scheint sich prächtig in eine sozialistisch-Hirsch-Dundersche „Wirtschaftspolitik“ einzufügen.

Die sozialistische Presse hat ein Verslein für alle Fälle zur Hand. Vor Tisch las man so, nach Tisch las man so, wie es gerade trifft.

Sozialistische Presse vor dem Abkommen.

„Der Traum der irreführenden Beckerbelegschaft war für die Unternehmer der hochwillkommene Anlaß, der gesamten Arbeiterschaft und den Gewerkschaften ans Leder zu gehen. Was darüber hinaus der deutschen Öffentlichkeit erzählt wurde, war ein einziger großer und unerhörter Schwindel, der den absolut feststehenden und keinen Augenblick erschütterten Willen zur Stilllegung der Beckerwerke in eine Schuld der freien und S.D.-Gewerkschaften umzudeuten suchte.“

Sozialistische Rheinische Zeitung 14. April, nach dem Abkommen.

„Herr Doensgen hätte sich seinen Angriff gegen die freien Gewerkschaften sparen können; denn das Abkommen, das jetzt getroffen wurde, bestätigt doch nur, was die Arbeiterpresse in den letzten Wochen wiederholt betont hat: Das Werk konnte auf Grund des Angebots der Belegschaft und der Sicherungen, die sich die Arbeitgeber ausbedungen hatten, ohne viel Risiko zunächst einmal weiterarbeiten.“

Um diese Sicherungen handelte es sich ja, die der sozialistische Metallarbeiterverband und der S.D.-Gewerkverein strikte ablehnten und worüber die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ vom 12. April schreibt: „Sie (der D.M.V. und S.D.) haben sich ein hohes Verdienst um die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen wie für die Belegschaft des Stahlwerkes Becker im besonderen erworben.“ Ein merkwürdiges Verdienst, Kollegen um Arbeit und Brot zu bringen!

Die Arbeiterschaft verdankt allein dem tatkräftigen Eingreifen christlicher Gewerkschaften ihre Weiterbeschäftigung. Sie wird hoffentlich ihre Konsequenzen daraus zu ziehen wissen.

Die deutsche Presse hat sich sehr mit dem Fall beschäftigt. Um so merkwürdiger muß es berühren, wenn die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ vom 13. April einen Artikel schreibt, „Lehren aus dem Fall Beckerstahl“, und darin sagt:

„Die Gewerkschaften aber haben in starrem Festhalten an ihren Grundsätzen . . . abgelehnt, so daß das Werk nunmehr seine Tore zu schließen gezwungen war . . . Die Stellungnahme der Gewerkschaften kann zwar nicht überraschen, obgleich der Führer des Christlichen Metallarbeiterverbandes kürzlich erst in Duisburg verständige Worte zur Arbeitslosenfrage gesprochen hat.“

Man darf die höfliche Frage an die „Arbeitgeberzeitung“ richten, woher sie eigentlich diese Weisheit hat und ob sie noch nie etwas von der Stellung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zum Fall Beckerstahl hörte. Wir dürfen ihr aber den guten Rat geben, sich nicht „informieren“ zu lassen von Leuten, die von den Zusammenhängen keine Ahnung haben oder sie bewusst „umbiegen“.

Erfreulich ist, daß im Fall Beckerstahl auf dem Wege der Verständigung und einer bis dahin leider selten erlebten arbeitgemeinschaftlichen Betätigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften das Werk gerettet wurde. Auch die Arbeiterschaft wird anerkennen, daß in diesem Falle eine Menschenpolitik und keine Stahlpolitik betrieben wurde. Wir möchten das als gutes Zeichen eines Beginns buchen, dem hoffentlich weitere Möglichkeiten folgen werden. Denn letztlich wird die deutsche Wirtschaft nicht hochgebracht mit Klassenkampf hüben oder drüben, sondern mit verständnisvollem Eingehen auf die Notwendigkeiten der Zeitlage, mit Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitswillen. W.

Bekanntmachung

Sonntag, den 27. April, ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Sowjetrußland, das Land ohne Tradition (G. W.), S. 258. Kommunismus und Arbeiterschaft (Wbr.), S. 260. Sowjetrußland und proletarisches Leben (Riebe), S. 262. Fünfjahresplan und kommunistische „Planwirtschaft“ (. . .), S. 263. Verwahrloste Kinder und „Chuliganen“ (Pelster), S. 265. Bolschewismus, Kultur und Christentum (Amhoff), S. 266. Der sterbende Sieger — der Bauer (Burghaus), S. 267. Das Land hinter Gittern (Erwin Burghaus), S. 269. Kommunismus und christliche Arbeiterschaft (. . .), S. 270. Der Boden kommunistischer Keimzellen (Fr. Schümmer), S. 271. Unser Erfolg: Beckerstahl bleibt in Arbeit (W.), S. 272.

Bekanntmachung:

Seite 272.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.